Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Jochauski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Asmanski & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 8. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5607.

Nr. 114. **Halle, Donnerstag den 11. Oktober 1917.** **1. Jahrgang.**

Michaelis' Schiffbruch.

Die Reichstagssitzung vom Dienstag liegt hinter jedem, der sie erlebt hat, wie ein wüster Traum. Nachdem die Beschwichtigungshoffnung der Mehrheit den Sonnabend-konflikt am Montag im Hauptausschuß beigelegt hatten, stand für Dienstag das Barometer auf Schönwetter. Dem Reichskanzler war eine Erklärung aufgesetzt worden, die sollte er abgeben und dann würde, so versprach man ihm, das Tadelsvotum abgelehnt und der Nachtragsetat angenommen werden. Alles wäre also — wie wir gestehen, nicht zu unsrer Freude —, glatt abgelaufen, wenn der

Unglücksmann auf dem Reichskanzlerstuhl

nicht plötzlich die Lust verspürt hätte, sich eine neue Niederlage zu bereiten. Michaelis fing auf einmal mit dem Sprecher der Unabhängigen, Dittmann, zu zanken an, gab eine geschraubte Erklärung ab, in der er die Unabhängigen außerhalb einer undefinierbaren „Linie" stellte und erklärte, die Gründe für dieses ziemlich unklare „Außerhalbstellen" werde nachher der Marinesekretär v. Capelle entwickeln. Die Spannung war aufs höchste gestiegen, als Herr v. Capelle an den Rednertisch trat. Capelle ging des nähern auf eine Meuterei in Wilhelmshaven ein, wegen der einige sehr schwere Urteile, auch Todesurteile, gefällt und vollzogen worden waren, und die Dittmann in seiner Rede erwähnt hatte, um sich über die Härte der gefällten Urteile zu beklagen. Capelle behauptet nun schlankweg, Material in den Händen zu haben, aus dem hervorginge, daß drei Mitglieder der Unabhängigen-Fraktion bei dieser Meuterei die Hände mit im Spiele gehabt hätten.

In der weitern Debatte stellte sich heraus, daß den Herren Michaelis und v. Capelle zu ihrem

ganz offenbar verabredeten Vorgehen

keinerlei beweiskräftiges Material zur Verfügung stand. Nichts ist bewiesen, als daß die wegen Meuterei verurteilten Matrosen in Beziehungen zu den genannten drei Abgeordneten gestanden und von ihnen irgendwelches politisches Aufklärungsmaterial erhalten hatten. Wer die Gepflogenheiten des politischen Lebens einigermaßen kennt, weiß, daß es leichtfertig und gewissenlos ist, auf Grund eines solchen „Materials" eine Anklage zu konstruieren. Jeder Abgeordnete, jeder Redakteur spricht täglich mit Dutzenden von Personen, er hört ihre Klagen an, berät sie und gibt ihnen auf ihren Wunsch diese oder jene gedruckten Materialien. Wenn dann aus diesem zahlreichen Personenkreis einzelne Handlungen begehen, die mit dem Strafgesetz nicht vereinbar sind, so ist noch lange nicht bewiesen, daß die beratenden Politiker die intellektuellen Urheber jener rechtswidrigen Handlungen gewesen wären.

Die Regierung hat sich aber nicht nur dem Vorwurf ausgesetzt, leichtfertig unbewiesene Behauptungen gegen einzelne Abgeordnete in die Oeffentlichkeit geschleudert und auf Grund dieser Behauptungen eine ganze Partei in Acht und Bann getan zu haben. Ihr ganzes Vorgehen ist so unglaublich ungeschickt,

so vollkommen unsinnig,

daß die Verwicklungen, die sich aus ihm ergeben müssen, ganz unabsehbar sind. Lag gegen die drei Abgeordneten der Verdacht des Landesverrats vor, so war diese Angelegenheit auf den richtigen Rechtsweg zu leiten, und die Regierung hatte die vollste Unparteilichkeit zu bewahren. Erst mußte der Reichsanwalt in Leipzig das Material prüfen, ob es zur Erhebung einer Anklage ausreichte, dann mußte er, wenn dies der Fall war, beim Reichstag um die Ermächtigung zur Strafverfolgung ansuchen, wurde die Ermächtigung erteilt, dann hatte das Reichsgericht zu urteilen, und erst wenn das unbestechliche, von der Verwaltung unbeeinflußte Rechtsverfahren die Schuld der Angeklagten ergeben hatte, erst dann konnte die Regierung aus dem gefällten Urteil auch ihre politischen Folgerungen ziehen. Solange das Urteil nicht gefällt und nicht rechtskräftig geworden war, mußte das Rechtsverfahren von jedem politischen Parteistreit unberührt bleiben.

Der Reichsanwalt hat nicht geklagt, der Reichstag hat die Ermächtigung zur Strafverfolgung nicht erteilt, es hat keinen Prozeß gegeben, und es ist kein Urteil gefällt worden. Aber die Regierung stellt sich vor aller Welt hin und setzt ihre ganze Autorität dafür ein, daß die noch gar nicht angeklagten Abgeordneten schuldig sind.

Was ist die Folge davon? Die Folge davon ist, daß ein

unbeeinflußtes Rechtsverfahren überhaupt unmöglich

geworden ist, wenigstens so lange, als diese Regierung am Ruder ist. Wer also will, daß die von Herrn Michaelis erhobenen Beschuldigungen auf dem geordneten Rechtsweg geleitet werden, der muß zunächst verlangen, daß diese Regierung verschwindet.

Daß diese Regierung verschwindet, muß aber nicht bloß aus diesem einen Grund verlangt werden. Denn, wenn man vom Juristischen und Moralischen absieht, ein kläglicheres Versagen einer Regierung als das Versagen dieser Regierung ist noch nicht erlebt worden. Als Michaelis seine zweite Rede, seine Entschuldigungsrede, beendet hatte, herrschte

im ganzen Hause Todesschweigen.

Und hätte man alle Abgeordneten ohne Unterschied der Partei auf Ehre und Gewissen gefragt, ob sie diesen Michaelis als Reichskanzler noch für möglich hielten, so hätten sie alle gesagt: Nein!...

Nach siebenstündiger Sitzung ging der Reichstag noch zur auswärtigen Politik über. Nach einer guten Rede des Zentrumsabgeordneten Fehrenbach sprach Staatssekretär Küblmann, der in seiner unbureaukratischen, weltgewandten Art und mit rühmlicher Klarheit feststellte, daß so ziemlich das einzige Friedenshindernis noch der französische Eisenbahnstreik ist. So oft man Stühlmanns Reden hört oder liest, fragt man sich verwundert, warum dieser Mann nicht Reichskanzler ist, und man findet keine Antwort, wie man ja in Deutschland noch immer auf manche Fragen keine Antwort findet.

Wir lassen hier den ausführlichen Bericht über die

aufsehenerregenden Verhandlungen

folgen:

Kleine Anfragen.

Abg. **Albrecht** (Unabh. Soz.) bemerkt, daß in den Werkstätten des Bekleidungsamts in Magdeburg die eingezogenen Handwerker mit der Herstellung von Friedensuniformen beschäftigt werden und fragt, was der Reichskanzler tun will, um die nicht zu Kriegszwecken gebrauchten Handwerker vom Militärdienst zu befreien.

Generalmajor **von Oven:** Nur während dieser Monate sind im ganzen 2500 Friedenszuschnitte aufgearbeitet worden, um Platz zu schaffen und weil die Kriegszuschnitte nur langsam eingingen. Jetzt hat dieser Zustand längst aufgehört, entlassen können wir von den Bekleidungsämtern niemand, wir brauchen die Arbeiter dort dringend.

Abg. **Waldstein** (Vp.) fragt nach dem Schicksal der bei der Besetzung Taboras von den belgischen Truppen völkerrechtswidrig gefangengenommenen Zivilbevölkerung, die nach Frankreich übergeführt und dort in Konzentrationslagern festgehalten wird.

Ministerialdirektor **Kriege:** Auf der Reise von Afrika war diese Bevölkerung infolge der brutalen Willkür der belgischen Behörden schweren Drangsalen ausgesetzt. Sobald die deutsche Heeresleitung Nachricht hiervon bekam, forderte sie die sofortige Freilassung der Gefangenen und drohte an, daß eine Reihe angesehener, im belgischen Kolonialdienst stehender Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten nach Deutschland gebracht werden würde. Da die Antwort der belgischen Regierung nicht genügte, ist das auch geschehen. Darauf trat die belgische Regierung in neue Verhandlungen unter Mitwirkung des Königs von Spanien ein. Sollten sie nicht zum Ziele führen, so würden wir vor weiteren Vergeltungsmaßnahmen nicht zurückschrecken. Inzwischen hat die deutsche Regierung alles getan, um das Los der Gefangenen erträglicher zu gestalten.

Abg. **Mumm** (Dt. Fr.) wünscht eine schleunigere Verteilung des Einmachezuckers und Besserung der Zuckerversorgung.

Unterstaatssekretär Freih. **v. Braun:** Es trifft nicht zu, daß Zucker zurückgehalten wird. Für die Weinbereitung wird Zucker auch nur in sehr geringen Mengen hergegeben.

Abg. **Dittmann** (Unabh. Soz.) führt eine Reihe von Fällen unberechtigter Reklamierungen seitens der Direktion eines Stahlwerks an und wünscht die Verhinderung solchen Mißbrauchs.

Generalmajor **Marquardt:** Die angegebenen Vorgänge waren bisher nicht bekannt. Ermittlungen sind eingeleitet. Sollten Mißstände der bezeichneten Art festgestellt werden, so werden Maßnahmen zu ihrer Beseitigung getroffen werden.

Der Reichskanzler betritt den Saal.

Die Erörterung über die

Interpellation der Sozialdemokraten

betreffend die behördliche Unterstützung der alldeutschen Propaganda wird fortgesetzt.

Abg. **Dittmann** (Unabh. Soz.): Durch die Verhandlungen im Ausschuß ist unser Urteil über das Verhalten der Regierung in keiner Weise geändert; vielmehr sind wir darin bestärkt worden, daß eine weitgehende Propaganda durch die Vorgesetzten im Heere betrieben worden ist, und daß darin auch nichts geändert werden wird. Was General v. Stein und Dr. Heiferich am Sonnabend hier gesagt haben, kann nicht etwa ein falscher Zungenschlag gewesen sein, sondern entspricht tatsächlich der Auffassung der Reichsregierung, und deshalb wird auch die gestrige Beschwichtigungsrede des Reichskanzlers im Ausland nur den Schein der Unaufrichtigkeit, Zweideutigkeit, Unehrlichkeit und Falschheit erwecken. (Zust. b. d. Unabh. Soz. Unruhe b. d. bürgerl. Part. Präs. **Dr. Kaempf** ruft den Redner zur Ordnung.) Auch im Inland werden durch die Rede des Reichskanzlers Empfindungen ausgelöst, die das Vertrauen des Volkes nicht steigern werden. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Wer einen Verständigungsfrieden will, muß verlangen, daß mit einem hörbaren Ruck von der alldeutschen Propaganda abgerückt werde. Indem die Mehrheit das nicht tut, täuscht sie sowohl die Freunde eines Verständigungsfriedens als auch die Kriegsheyer in unehrlicher Weise. (Unruhe b. d. bürgerl. Part. Präs. **Dr. Kaempf** ruft den Redner von neuem zur Ordnung.) Der Reichskanzler ist nicht von der Propaganda abgerückt, die

im Heere gegen den Verständigungsfrieden

getrieben wird, und zwar nicht von untergeordneten Stellen, sondern von den höchsten Kommandostellen. Die verletzenden Anweisungen, die von harmlosen Naturen für unbedenklich gehalten werden, gehen nur bis zu den Divisionen herunter, die Ausführung liegt bei unseren Offizieren, die in alldeutschen Empfindungen aufgewachsen sind. Der Redner führte eine große Reihe von Beispielen für die alldeutsche Propaganda in der Armee an. Und dabei wünschen 99 Prozent aller Frontsoldaten einen Verständigungsfrieden. (Lebh. Zustimmung bei den Unabh. Soz.)

Während die Verbreitung der alldeutschen Organe in der Armee gefördert wird, werden unsre Organe unterdrückt, die sozialdemokratische Gesinnung im Heer und vor allem in der Marine wird bestraft. (Hört hört! bei den Unabh. Soz.) Langjährige Gefängnis- und Zuchthausstrafen sind verhängt worden lediglich wegen sozialdemokratischer Gesinnung, lediglich wegen der Werbung von Mitgliedern für die Unabhängige Sozialdemokratie. (Erneutes Hört, hört! links.) Ich frage den Reichskanzler, ob es wahr ist, daß

annähernd 200 Jahre Zuchthaus

deshalb verhängt sind; und daß sogar Todesurteile gefällt und Soldaten erschossen worden sind, wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz. u. Unabh. Soz.) Selbstverständlich hängen die Leute nur um so mehr an ihren verbotenen Organen, durch noch so schlimme Gewaltmaßregeln reißt man ihnen die politische Gesinnung nicht aus dem Herzen; auch nicht durch die Achtgroschen-Jungen, die jetzt in der Armee wieder ihr Wesen treiben. Das Lochpicolum als Einrichtung der deutschen Armee! Hüben geht's wohl nicht mehr. Das gleiche Recht, das wir haben, wird illusiert durch eine kriegsministerielle Verfügung, daß die Generalkommandos

alle Pazifistenversammlungen verbieten

sollen. (Hört, hört!) Die Versammlungen der Vaterlandspartei werden behördlich unterstützt, was Unabhängigen Sozialdemokraten ist es überhaupt kaum noch möglich, eine Versammlung abzuhalten; die Alldeutschen dagegen fühlen sich vollkommen als Herren der Situation. Sie sind ja auch die wahren Machthaber. Unter Bethmann Hollweg war wenigstens noch eine Strömung dagegen in der Regierung bemerkbar, unter Michaelis haben sie sich hemmungslos aus. Das ist der Fortschritt und die Neuorientierung. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Die Regierung ist die Gefangene der Alldeutschen und der Militärs, sie würde sofort beseitigt werden, wenn sie dagegen auftrete. Oder ist Bethmann-Hollweg etwa nicht von den Alldeutschen und den Militärs gestürzt worden? Der Militarismus ist ja der Nährboden der alldeutschen Bewegung und soweit eine Schuld am Kriegsausbruch auf deutscher Seite liegt, kommt sie auf das Konto der Alldeutschen. (Präs. **Dr. Kaempf:** Sie dürfen nicht sagen, daß die Schuld am Kriegsausbruch auf deutscher Seite liegt!)

Von diesem nationalistischen Geiste haben sich alle Parteien mitreißen lassen und dadurch den Alldeutschen Vorschub geleistet. Auch die sozialdemokratische Mehrheit ist lange Zeit den Irrweg gegangen, daß die Grundlage des Friedens nur der Sieg sein könne. Nur wir Unabhängigen Sozialdemokraten sind von Anfang an für den Verständigungsfrieden eingetreten. Den Kampf gegen die Alldeutschen kann man nur führen, wenn man Front macht gegen diese

Regierung von Gnaden der Alldeutschen.

(Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Wer glaubt, mit dieser Regierung gegen die Alldeutschen kämpfen zu können, täuscht sich und andere. Darum fort mit jeder Vertuschungspolitik. Stimmen Sie deshalb unserm Mißtrauensvotum zu und nehmen Sie den Kampf gegen diese Regierung auf allen Gebieten auf. Wer sich einschläfern will, mag sich durch die gestrigen Reden des Reichskanzlers berauschen lassen. Aber die Stunde ist zu ernst für Selbsttäuschung. Es gilt rücksichtslosen Kampf für den Frieden und für die Demokratie und deswegen auch Kampf gegen die deutsche Reichsregierung. (Lebhafter Beifall bei den Unabh. Soz.).

Präsident Dr. **Kaempf:** Sie haben vorhin das Lochpicolum eine offizielle Einrichtung der deutschen Armee genannt, dafür rufe ich Sie nachträglich zur Ordnung.

Reichskanzler Dr. **Michaelis:**

Der Abg. Dittmann ist der letzte, dem ich das Recht zugestehe, über Agitationen im Heer und in der Marine zu sprechen. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts wird nachher auf seine Anfragen antworten und Mitteilungen machen, die die volle Begründung meiner Worte darbieten. Als ich von meiner Objektivität gegenüber allen Parteien und Richtungen sprach, machte ich den Zusatz: **„Sofern sie nicht den Bestand des Reiches und Staates gefährdende Ziele verfolgen". Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten steht für mich jenseits dieser Linie.** (Große Erregung bei den Unabh. Soz., lebhafte Bravorufe rechts, erneute stürmische Zurufe bei den Unabh. Soz., Abg. **Geyer** (Unabh. Soz.) ruft: „Jetzt wissen wir, wer Sie sind!") Der Kriegsminister und ich haben gestern im Ausschuß auseinandergesetzt, in welcher Weise die Aufklärungsarbeit im Heere betrieben wird. Daß Aufklärung für die Soldaten unbedingt erforderlich ist, daß eine geistige, eine sittliche Führerin für

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191710 11-17/fragment/page=0001

die Soldaten im Feld ein dringendes Bedürfnis ist, unterschreiben alle, die die Verhältnisse draußen kennen. Auch die Soldaten selbst erkennen das dankbar an. Der ganze Aufklärungsdienst ist einheitlich organisiert, der Kriegsminister hat die für ihn geltenden Leitsätze gestern mitgeteilt, und diese haben bei der Mehrzahl der Aufsichtsmitglieder die Ueberzeugung gezeitigt, daß das, was geplant ist und gemacht durchaus zum Segen gereichen muß. Die [illegible] eines Kriegsziele werden an sich nicht Gegenstand des vaterländischen Unterrichts sein. Selbstverständlich wird gegen die Tendenz, die der Feldmarschall will, daß Politik nicht hineingetragen werden darf, verstoßen, aber der Kriegsminister hat ausdrücklich erklärt, daß in solchen Fällen Remedur geschaffen wird. Es wird dadurch gewahrt werden, daß der vaterländische Unterricht nicht zu Mitteln politischer Beeinflussung benutzt wird. Uebergriffe werden geahndet und nicht geduldet werden.

In bezug auf die Beamten, denen unzulässige Propaganda gegenüber den Vaterlandspartei vorgeworfen wird, habe ich die allgemeinen Grundsätze ausführlich dargelegt. Beamte haben das Recht politischer Gesinnungsfreiheit. Sie können jeder Partei beitreten unter der Voraussetzung, daß sie keine Bestrebungen verfolgen, die den Bestand des Deutschen Reiches und Preußens gefährden. Eine Beeinflussung seitens eines Vorgesetzten gegen nachgeordnete Beamte, um sie zum Anschluß an eine bestimmte Partei zu veranlassen, ist unbedingt untersagt. Diese Bestimmungen gelten für alle Parteien.

Wenn wir diese Ziele innehalten, werden wir selbstverständlich auf einer gangbaren Weg des beiderseitigen Wirkens kommen, wenn auch diejenigen, welche die Friedensresolution vom 19. Juli betrauen, dieser Kundgebung gerechter würden. (Zustimmung) Wir müssen die Ziele in der Kundgebung in ihrem positiven Sinne verstehen, in ihrer kraftvollen Seite, wir müssen uns klar machen, was darin enthalten ist und unterstreichen, was dort gesagt ist. Das deutsche Volk muß wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen bis zum und zum Verständnis.

Recht auf Leben und Entwicklung

gesichert ist. In seiner Einzelheit ist das Deutsche Reich unbesiegbar. Mit Zustimmung des Reichstags habe ich am 19. Juli die Ziele so umschrieben: Wir müssen die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und Uebersee garantieren, wir müssen es dabei sichern, daß ich der Wind unsere Segel nicht zu einem mitteleuropäischen Triumphe ausweichen. Wir warten ab, wir können warten, die Zeit läuft für uns. Bis die Feinde einsehen, daß sie diese Forderungen zurückstellen müssen, so lange müssen die Kanonen und die U-Boote ihre Arbeit tun. (Beifall.) Und unser Friede wird doch kommen. (Stürm. Beifall.)

Staatssekretär **v. Capelle:**

Ich muß Ihnen die traurige Tatsache mitteilen, daß die russische Revolution auch einigen wenigen Leuten an Bord unserer Flotte die Köpfe verwirrt und revolutionäre Ideen in ihnen großgezogen hat. Der wahnwitzige Plan dieser wenigen Leute ging dahin, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu werden, um die ganze Mannschaft zur Gehorsamsverweigerung zu verleiten. (Hört, hört!), und um auf diese Weise eventuell unter Anwendung von Gewalt die Flotte lahmzulegen und den Frieden zu erzwingen. (Pfui-rufe rechts.) Es ist Tatsache, daß diese Leute

Beziehungen zu den Unabhängigen Sozialdemokraten

gehabt haben. (Stürm. Rufe: Hört, hört! Pfui-rufe. Zurufe b. d. Unabh. Soz.: Beweise!) Es steht aktenmäßig fest, daß der Hauptagitator hier im Reichstag im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokraten den Abgg. Dittmann, Haase und Vogtherr seine Pläne vorgetragen und auch Billigung gefunden hat. (Empörte Rufe rechts: Raus! Pfui! Zuruf b. d. Unabhängigen Soz.: Angeleimter Schwindel!) Die Abgeordneten haben den auf das Gefährliche seines Vorgehens hingewiesen und zur größten Vorsicht gemahnt, oder ihre volle Unterrichtung durch Uebermittlung von Agitationsmaterial zur Aufreizung der Flotte zugesagt. (Erneute Pfui-rufe rechts. Meine erste Pflicht war, das Eindringen des verpöchenen Agitationsmaterials der Unabh. Soz. in die Flotte möglichst unmöglich zu machen. (Bravo! rechts.) Ich habe daher die zuständigen Kommandobehörden ersucht, die Verbreitung dieses Agitationsmaterials in der Flotte mit allen Mitteln zu verhindern. (Bravo! rechts.) Ueber die weiteren Vorgänge in der Flotte kann ich mich hier nicht auslassen. Einige wenige ehr- und pflichtvergessene Leute haben sich schwer vergangen und sind der verdienten Strafe zugeführt worden. Die unkontrollierten Gerüchte sind jedenfalls maßlos übertrieben. Die Schlagfertigkeit der Flotte ist auch nicht einen Moment in Frage gestellt worden, und so soll es auch bleiben. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **David** (Soz.):

Es fällt mir schwer, zu glauben, daß die außerordentlich schwere Anklage, die der Staatssekretär gegen Mitglieder dieses Hauses vorgetragen hat, in dem Sinne begründet wäre, wie es der Staatssekretär anzunehmen scheint. Zum mindesten muß man die Anklagen hören und vorher größte Zurückhaltung üben. Der Reichskanzler hat erklärt, er betrachte die Unabhängige Sozialdemokratische Partei als jenseits der Grenze der Verfahrt in seinem Sinne stehend. Er war wohl dabei beeinflußt durch das, was wir eben gehört haben. Wir müssen aber für jede Partei, wie für die Gesamtheit aller Staatsbürger, volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung auch in der Behandlung seitens der Behörden verlangen. (Bravo!) Sind Handlungen nachweisbar, die gegen die Gesetze des Staates verstoßen, so fallen die, die sie begangen haben, selbstverständlich unter diese Gesetze. Davon ist keine Partei ausgenommen. (Sehr richtig!) Aber im Rahmen der allgemeinen Gesetze haben die Angehörigen aller Parteien das Recht der gleichen Bewegungsfreiheit. (Sehr richtig!) Daß eine

Politik der Ausnahmebehandlung,

der Ausnahmegesetze, keine gute und kluge Politik ist, hat der größte Vorgänger des Reichskanzlers, Fürst Bismarck, gegenüber der deutschen Sozialdemokratie und dem Zentrum erfahren. Beiden Parteien ist diese Ausnahmepolitik nicht schlecht bekommen. Auf jeden Fall ist sie prinzipiell zu verwerfen und außerdem politisch unklug.

Gegenüber dem Appell des Abg. Dittmann an meine Partei bemerke ich, daß wir keiner Aufrichtige nicht bedürfen. Wir sind überzeugt, daß unsere Politik die richtige war im Interesse des Volkes und speziell im Interesse der deutschen Arbeiterschaft. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es gibt Kriegsnotwendigkeiten, die Geltung behalten müssen, solange uns die Gegner den Frieden nicht ermöglichen. (Sehr richtig!) Die nächsten Reichstagswahlen werden beweisen, daß die breite Masse der Arbeiterschaft Verständnis für unsere Politik hat. (Zuruf b. d. Unabh. Soz.: Abwarten!) Wenn Dittmann uns vorwirft, wir hätten versäumt, gegen die Alldeutschen Front zu machen, so sind wir stets aufs schärfste dem entgegengetreten, daß der alldeutschen Propaganda von irgendwelchen Behörden Vorschub geleistet wird. Das Agitieren können wir natürlich den Alldeutschen nicht verbieten, dazu haben wir kein Recht.

Die Debatte über die Vaterlandspartei hat tiefe Gegensätze aufgerissen. Die Verantwortung dafür trifft die Alldeutschen, insbesondere die Vaterlandspartei. (Sehr wahr!) Die Methode ihrer Propaganda wird wieder grell beleuchtet durch die Art, wie die „Deutsche Tageszeitung" über unsere Sonnabend-Sitzung berichtet. Da schreibt der Leutnant a. D. [illegible] Die Behandlung der Interpellation durch die Vertreter der Hungerfriedensmehrheit sowie kurz und tiefend gegeichnet werden als eine Demonstration gegen die Wahrheit und ihre Verteidigung." (Hört, hört! bei der Soz.) Dasselbe Blatt unterschlägt seinen Lesern einmal die ganze Rede des Abg. Haas und außerdem den Teil der Rede des Abg. Landsberg, der die Fülle von Anklagematerial mitteilt, vollständig. Trotzdem hat es die Stirn zu behaupten, die Interpellation war eine Demonstration gegen die Wahrheit. (Hört, hört!) Das ist ein

Mangel an Wahrheit und Gewissen,

der sehr stark ins Pathologische hinausreicht. (Sehr wahr!) Das Wort von der Hungerfriedensmehrheit schleudert Graf Reventlow nicht weniger als 12mal in diesem Hetzartikel ins deutsche Volk. Man hat mir angesagt, daß ich in einem Artikel scharfe Worte gegen die alldeutschen [illegible] Mein Artikel war über die Forderung einer [illegible] Politik. Der Artikel [illegible] Politik des Alldeutschen Verbandes gemacht worden [illegible] u. a. heißt: „Es gibt mit dem [illegible] Feinde [illegible] Frieden wie mit den Feinden. Ein fester Griff mit eisernen [illegible] tut not, aber der wird auch Wunder wirken." (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn man innerpolitische Kämpfe mit infamen Mitteln treiben und verhängnisvoller die Einheit des Volkes zerstören? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mir ist nicht bekanntgeworden, daß die Zensur oder irgendeine andre Stelle hier eingeschritten wäre. Als dagegen der „Vorwärts" meine Einbürgerung brachte, wurde ihm

das Verbot angedroht,

wenn er Achnliches noch einmal bringe (Hört, hört!), und die Verbreitung meines Artikels in der Provinz wurde überhaupt untersagt. Es ist zweifellos, daß die Deutsche Vaterlandspartei bewiesen ist als Rahmenorganisation für den kommenden Wahlkampf. (Sehr wahr! links.) Die Einheit für den Verständigungsfrieden, die sich gebildet hatte, soll dadurch in allen Parteien gerissen werden. (Sehr wahr! links.) Das heißt aber den Burgfrieden Schindluderteiben und das, was wir so bitter nötig haben, den Zusammenhalt bis zum guten Ausgang des Krieges, unmöglich machen. (Sehr wahr! links.) Die Deutsche Vaterlandspartei sei gar keine Partei, ist demagogische Nebelbildung. In der Tat ist es eine Partei mit ganz bestimmten Parteizielen; es gehören zu ihr alle, die noch keinen Frieden wollen und weiter alle, die keine Neuordnung im Innern wollen, also die Kriegsverlängerer und die Reaktionäre. Herr v. Graefe meinte, die Partei komme aus den Tiefen des Volkes. Das sieht man schon aus den Namen der Gründer Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg usw. (Sehr gut! b. d. Soz.) Nein, es ist die

ausgesprochene Partei der obern Zehntausend,

und sie verfügt über den großen Einfluß, den diese Kreise durch ihre verwandschaftlichen und sonstigen Beziehungen haben. (Sehr richtig! links.) Diese obern Zehntausend gehören zu den Leuten, die unter dem Kriege am wenigsten leiden und am meisten Angst haben vor Reformen im Innern. Während draußen das Blut der Angehörigen aller Parteien sich mischt im Kampfe für die Verteidigung des gemeinsamen Landes, haben diese Leute die Stirn, sich als die einzig wahren Deutschen und die Millionen, die nicht so wollen wie sie, als Landesverräter zu bezeichnen. (Hört, hört!) Und eine solche Partei wird von den Behörden gefördert! Seit gestern abend haben wir darüber neues wichtiges Material bekommen. In einem Vortrag, den ein Oberst von Berger vom Chef des Generalstabs (Luppeninspektion 5 zur Instruktion für Offiziere, die diesen Aufklärungsdienst im Heere leisten sollen, gehalten hat, heißt es äußerst bezeichnend: „Bisher bestand der Grundsatz, keine Politik ins Heer zu tragen (Hört, hört! b. d. Soz.), heute aber sind Volk und Heer kongruente Begriffe geworden; die Gelegenheit, auf das Volk und Heer zu wirken, wird nie wieder in dem Maße kommen, wie sie heute gegeben ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Not der Zeit fordert, daß sie ausgenutzt wird." (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine Diskussion nach den Vorträgen soll nach dieser Instruktion absolut ausgeschlossen sein. (Hört, hört!) „Einmal", sagt Herr v. Berger, „widerspricht das zu sehr der militärischen Disziplin, und dann werden die wenigsten Aufklärungsoffiziere so geistes sein, daß sie die nötige Schlagfertigkeit haben." (Heiterkeit, u. Hört, hört! b. d. Soz.) Gegenüber der Behauptung des Reichskanzlers, daß über Kriegsziele bei den Vorträgen nicht gesprochen werden soll, fährt ich fort, daß Herr v. Berger in seinem Vortrag u. a. sagt: „Man muß dem gewöhnlichen Manne klarmachen: Wenn sich einmal nach einem deutschen Frieden unsre Feinde erhoben haben und es gelingt sie, einen erneuten Erdrosselungsversuch zu unternehmen, so darf der deutsche Arm und das deutsche Schwert nicht wieder gelähmt werden, wie es 1914 durch Belgiens geographische Lage und Feindschaft geschah." (Hört, hört! b. d. Soz.) Diese Rede hat Oberst v. Berger

im Auftrag der Obersten Heeresleitung

gehalten. Der Redner trägt weiter eine Reihe von Einzelfällen vor, die Belgien dafür, daß alldeutsche Politik im Heere tatsächlich betrieben wird. Ein höherer Offizier hat zu seinen Soldaten von der Reichstagsmehrheit als Lumpen gesprochen und gesagt: „Ich stehe nicht an, diese Bande für Gesindel und Landesverräter zu erklären; sie gehören vor ein Kriegsgericht, standrechtlich erschossen soll man sie. (Hört, hört!) Wer das Wort Frieden ausspricht, ist ein Schuft, ich habe in meiner Familie verboten, daß das Wort gebraucht wird." Als in einem Regiment die Aufforderung zum Beitritt zur Vaterlandspartei sehr wenig befolgt wurde, ließ der Hauptmann die Leute antreten und jeden einzelnen nach dem Grunde fragen, warum er nicht beitreten wolle. Die Mehrzahl hat dann aus Angst unterzeichnet. (Hört, hört!) Was muß ein solches Vorgehen für Folgen im Heere haben! Glauben Sie, daß da nicht eine Gegenbewegung einsetzt? Die Soldaten müßten ja alle Dummköpfe, Feigslinge und Gesinnungslumpen sein, wenn dadurch die

Erbitterung nicht lawinenartig anwächst

Sobald politische Dinge zur Sprache kommen, muß das Vorgesetzten-Verhältnis aufhören. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Parteigenossen, die die Leute draußen vergessen sollten, werden so aufgerissen und ihnen aus schmerzlichste zu Bewußtsein gebracht. Will man draußen aufklären lassen, so lasse man die Presse aller Parteien zu. Aber auch darüber habe ich die bittersten Klagen gehört. Die Vaterlandspartei hat sich auf dem Wahnglauben auf, man könne mit rein militärischen Mitteln diesen Krieg zur Entscheidung bringen. Daß der U-Boots-Krieg von den vierten Kriegswinter nicht ersparen wird, steht heute schon fest. Wenn die Reichstagsmehrheit wirklich einen Verzichtfrieden wollte, so wäre das doch merkwürdig, wenn unsre Gegner nicht sofort darauf eingingen. In Wahrheit liegt es so, daß sie unser Friedensangebot abgelehnt haben, weil sie selbst noch nicht zum Verzichtfrieden ihrerseits bereit sind. Die Resolution vom 19. Juli hat in den Ententeländern die Friedensströmung bestärkt. Darin besteht überhaupt die einzige Möglichkeit, den Krieg abzukürzen (Sehr richtig!), während die Herausstellung von Eroberungs- und Zerschmetterungsplänen die Kriegsleidenschaften bei den Gegnern aufpeitschen muß. Somit sind die Alldeutschen und ihre Politik geradezu eine

Hilfstruppe des feindlichen Auslandes.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Angst vor einem vorzeitigen Frieden ist ja leider, leider unbegründet. Wenn aber der neue Kriegswinter und das vierte Kriegsjahr mit seinem furchtbaren Jammer und Elend, seinen Hekatomben von Menschenblut überstanden werden soll, so kann das deutsche Volk die Kraft zum Durchhalten nur durch die feste Ueberzeugung erhalten, daß der Feind uns zur Verteidigung des Vaterlandes, seiner politischen Unversehrtheit und seiner Lebensbedingungen zwingt, daß es nicht von uns abhängt, Frieden zu schließen. Nur die Ueberzeugung, daß die Schuld für die Verlängerung des Krieges ausschließlich bei unsern Feinden liegt, nützt uns die Kraft zum Durchhalten, bis man auch bei unsern Feinden einsieht, daß eine militärische Entscheidung gegen uns unmöglich ist, daß es unmöglich ist, uns einen imperialistischen Frieden aufzuzwingen. Dem unbeugsamen Ideal der Alldeutschen, dem Ideal der Untertänigkeitsgesinnung, das demütigenden Sich-Fügens und Duckens vor Anmaßungen und Uebergriffen setzen wir das Ideal des aufrechten deutschen Mannes, das Ideal der freien ebenbürtigen Persönlichkeit entgegen. Wir wollen Deutschland frei wissen, frei vom Ausland und frei auch von Junkern. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.):

Ich habe keinen Anlaß, über unsre politische Tätigkeit irgendetwas Dunkles zu lassen. Der Matrose [illegible] dem Staatssekretär Capelle sprach [illegible] vor im Fraktionszimmer eine [illegible] mit [illegible] einen solchen Plan [illegible] Lage [illegible] deutschen Flotte vorgekommen. Einen Beschluß [illegible] gegenüber [illegible] Staatssekretär nicht vorgegangen [illegible] Matrosen [illegible] Vorgänge [illegible] Leutnants [illegible] aufgesucht und mit Beschwerden [illegible] Leutnants [illegible] Matrosen [illegible] Vorgänge [illegible] Leutnants [illegible] aufgesucht und mit Beschwerden

Klagen über unwürdige Behandlung

vorgetragen. Auch der betreffende Matrose hat bittere Klage geführt und von der starken Unzufriedenheit der Matrosen gesprochen und ihren Mangel an geistiger Nahrung, dem zum Teil durch die Schriften Chamberlains, auf die die unabhängige sozialdemokratische Presse abgeholfen sei. Ihr Plan sei, sich weiter fortzubilden und in Zusammenkünften am Lande auch politische Unterhaltungen zu pflegen. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß das an sich zwar erlaubt sei, aber unter den besondern Bedingungen, unter denen er lebt, habe ich ihn zur Vorsicht gemahnt. Ich bin es dem Andenken dieses Matrosen schuldig, hier zu erklären, daß er den Eindruck eines frischen, erholten jungen Mannes machte, und daß ich auf das tiefste erschüttert war, als ich hörte, daß er wegen der Verfolgung seiner politischen Ideale den Tod hat erleiden müssen. Der Staatssekretär sprach auch von der Einwirkung der russischen Revolution auf den Matrosen. Die Sozialdemokratischen Richtungen haben öffentlich im Reichstag und in der Presse den

russischen Revolutionären ihre Sympathie

und Begeisterung ausgesprochen. Diese Revolution, das größte Ereignis dieses Jahrhunderts, wirkte auf alle nach Freiheit lechzenden Menschen eben diesen Eindruck machen. (Lebh. Bravo! b. d. Unabh. Soz.) Der Zweck der Ausführungen des Staatssekretärs ist ja klar: es kommt darauf an, das rote Tuch zu schwenken, um den Block zusammenzuschmieden zur Verteidigung dieser unglücklichen Regierungspolitik. Die Erklärung des Reichskanzlers, mich und meine Freunde außerhalb der Gesetze zu stellen, hat mich nicht überrascht, wir haben sie vom Beginn des Krieges an erwartet. Diese Erklärung beweist nur, daß

er und seine Anhänger nicht mehr wissen, wie sie aus dem Elend des Krieges herauskommen sollen.

Wir kennen diese Töne aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Freilich klangen sie von seinen Lippen nicht so frisch wie seinerzeit im Munde des Herrn v. Puttkamer. Es war aber Geist vom Geiste Puttkamers, und wie dieser und auch ein größerer, Bismarck, Schiffbruch erlitten hat mit dieser Politik, so wird es auch dem Reichskanzler Michaelis ergehen, während wir und unsre Anhänger im Lande weiter bestehen und an Zahl zunehmen werden. (Lebh. Beif. b. d. Unabh. Soz.)

Abg. **Vogtherr** (Unabh. Soz.) betont ebenfalls, daß es sich bei seinen Unterhaltungen mit dem betreffenden Matrosen lediglich um die Entgegennahme von Klagen über Mißstände gehandelt habe. Dieses Recht der Entgegennahme von Klagen werde er sich nicht beschränken lassen, das sei sogar Pflicht und Schuldigkeit der Abgeordneten.

Abg. **Dittmann** (Unabh. Soz.) schließt sich den Erklärungen der Abgg. Haase und Vogtherr auch für seine Person an. Mit dem Schwenken des roten Tuches wolle man Stimmung gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten machen, man werde sie aber nicht abhalten, ihre Pflicht zu tun, zur Herbeiführung des Friedens und zum Wohle der Gesamtheit. (Beif. b. d. Unabh. Soz.)

Staatssekretär **v. Capelle:**

Nach der in den Akten befindlichen Aussage des betreffenden Matrosen hat er den Abgeordneten im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokratie seinen Plan zur Lahmlegung der Flotte vorgetragen, und sie haben ihn ganz begeistert aufgenommen. (Lebh. Hört, hört! rechts. — Abg. Haase (Unabh. Soz.): Das ruft jemand, der nicht dabei war!) Sie haben ihn weiter nach der aktenmäßigen Aussage darauf hingewiesen, daß eine strafbare Handlung vorliege und deshalb solle er sich vorsehen, was an ihnen liege, so würden sie seine Agitation in jeder Weise unterstützen. Auch ein zweiter Matrose, dem diese Aussage vorgelesen wurde, sagte zunächst: „Was im einzelnen verhandelt worden ist, will ich mir nicht überlegen," und bei der zweiten Vernehmung am Nachmittag sagte er dann: „Soweit diese Aussagen sich auf mich beziehen, sind sie richtig, das soll heißen, ich habe die Sache nicht nur so erzählt, sondern sie hat sich so zugetragen". (Zurufe rechts: Hören Sie, Herr Haase! — Gr. Lärm und erregte Zurufe b. d. Unabh. Soz.)

Abg. **Trimborn** (Ztr.):

Der Reichskanzler hat sich heute klipp und klar auf den Boden der Resolution vom 19. Juli gestellt. Zur Erklärung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts bemerke ich: Es scheint mir nicht angängig, die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit ohne weiteres mit den Anschuldigungen in Zusammenhang zu bringen, die hier gegen drei Abgeordnete vorgebracht worden sind. Ich muß dringend, daß der Staatssekretär sich auf dinstickendes schlüssiges Material stützen kann. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß, wenn die genannten drei Abgeordneten sich gegen die Gesetze vergangen, insbesondere Handlungen begangen haben sollten, die Hoch- und Landesverrat bedeuten, daß dann mit aller Strenge des Gesetzes gegen sie vorgegangen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. **Kreth** (konf.):

Vor allem müssen die drei Abgeordneten auf den Schutz der Immunität verzichten, damit die Wahrheit oder Unwahrheit der Beschuldigung festgestellt werden kann. (Lebh. Beif.)

Abg. **Ebert** (Soz.):

Ich habe namens meiner Freunde eine Erklärung zu dem Vorgang abzugeben, der vorher im Hause mit Recht großes Aufsehen erregte. Der Staatssekretär der Marine hat gegen einzelne Mitglieder der Unabhängigen und gegen die Partei selbst die allerschwersten Anklagen erhoben, und der Reichskanzler ist sogar so weit gegangen, die weittragenden politischen Konsequenzen gegenüber dieser Partei zu ziehen. Wenn die Reichsleitung nun schon überhaupt diesen Schritt hier unternehmen wollte, dann hätte sie sich zunächst die

innen- und außenpolitischen Wirkungen

eines solchen Vorgehens klarmachen müssen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Jedenfalls durfte sie in dieser Debatte doch nur dann plötzlich mit einer solchen Anklage hineinfahren, wenn ihr tatsächlich vorhanden war. (Sehr richtig!) Aber auch selbst dann hätte dies Vorgehen nach zurückgewiesen werden müssen. Wenn die Reichsregierung glaubt, daß einzelne Mitglieder dieses Hauses sich gegen die Strafgesetze vergangen haben, dann ist in der Geschäftsordnung des Reichstags ein geregelter Weg vorgeschrieben, wie dies Verfahren einzuleiten ist. (Sehr richtig!) Es ist ganz unmöglich, ohne daß die Angeschuldigten vorher unterrichtet sind, plötzlich mit einer so schweren Anklage im Parlament zu kommen. Dieses Vorgehen müssen wir auf das allerentschiedenste verurteilen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Wie weit ist nun das Vorgehen an sich sachlich begründet? Nach dem von dem Staatssekretär vorgetragenen Material muß ich erklären, daß die von ihm erhobenen Anklagen dadurch nicht gerechtfertigt sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Daß Soldaten mit Parlamentariern verhandeln, kommt im Kriege natürlich besonders häufig vor. Mit Anklagen meiner Fraktion und mit der Fraktionsleitung versehen Tausende von Soldaten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171011-17/fragment/page=0002

schriftlich und mündlich. Wir haben es immer für unsre Pflicht gehalten, ihre Angaben sorgfältig zu prüfen, und wo sie berechtigt sind, die Sache auf den richtigen Weg zu leiten und für die Beschwerden einzutreten, dies Recht werden wir uns nicht beschneiden lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Daraus irgend etwas politisch Verdächtiges herzuleiten, ist durchaus falsch. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aus dem Vorgetragenen geht weiter hervor, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten in Heer und Marine für ihre Bestrebungen agitiert haben. Das Recht der Propaganda ihrer Ziele steht jeder Partei frei. Wir haben ja erst in den letzten Tagen festgestellt, daß in Heer und Marine eine wüste Agitation, vielfach getragen von militärischen Stellen, betrieben wird, die sich gegen die Politik der Reichstagsmehrheit und der großen Mehrheit des Volkes richtet. Wenn so die Heeresleitung selbst die Politik in das Heer hineinträgt, darf sie sich nicht beschweren, wenn andre Parteigruppen ebenfalls im Heere Propaganda treiben. (Sehr wahr!) Weiter aber ist, soweit ich das Material beurteilen kann, gegen die Unabh. soz. Partei nichts festgestellt. Deshalb müssen wir dies

ganze Vorgehen entschieden mißbilligen.

Der Reichskanzler hat nun mit seiner Erklärung der ganzen Sache noch die Krone aufgesetzt. Er hat aus dem Handgelenk heraus schon vorweg die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten außerhalb des Rechtes gestellt. Das ist ein unbegreifliches Verfahren in einer Zeit, wo sich unser Land in der schwersten Situation befindet, wo die Zusammenfassung aller Kräfte unsres Volkes die erste Aufgabe der Regierung sein müßte. Dies Verfahren, einen Teil des Volkes, mag er groß oder klein sein, außerhalb des Rechtes stellen zu wollen, ist die alte Auffassung der Ausnahmegesetzgebung, die wir mit aller Schärfe verurteilen müssen. (Bravo!) Ich muß offen heraus sagen: eine solche Erklärung konnte nur erfolgen von einer Regierung, die sich ihrer großen Verantwortung nicht bewußt ist (lebh. Zust. b. d. Soz.), von einer Regierung, die den großen Aufgaben, die auf ihr lasten, in keiner Weise gewachsen ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Jeder Tag, der das deutsche Volk früher von dieser Regierung befreit, wird von uns begrüßt werden. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Sollte die Reichsleitung wirklich eine solche Politik einschlagen, wie sie der Reichskanzler angekündigt hat, so werden wir sie mit Einsatz unsrer ganzen Kraft und unsers Pflichtbewußtseins auf das rücksichtsloseste bekämpfen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Abg. Dr. Stresemann (natl.) erklärt namens seiner Freunde: Die gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten erhobene Anklage hat in uns den Eindruck erweckt, als wenn die genannten Mitglieder der Partei der Teilnahme an strafbaren Handlungen beschuldigt werden sollten. In diesem Falle gibt das Strafgesetzbuch die Möglichkeit, hiergegen vorzugehen. Meine politischen Freunde, ebenso wie der ganze Reichstag, werden sicherlich in diesem Falle den Schutz der Immunität nicht gewähren. Ein solches Verfahren liegt auch im Interesse der Betreffenden selbst und des ganzen Parlaments, da nur auf diese Weise Schuld oder Unschuld festgestellt werden kann. Wir erwarten, daß die Reichsleitung sofort alle möglichen Schritte nach dieser Richtung einleitet.

Abg. Naumann (Fortschr. Vp.): Es hat uns genug auf das tiefste erschüttert, daß junge, kräftige deutsche Mannschaften von unsrer Flotte, einen Wahngedanken verfolgend, dahin gekommen sind, die Strafe des Landesverrats auf sich zu ziehen. Aber es bewegt uns nicht weniger, wenn wir sehen, daß eine Regierung vorhanden ist, die aus diesem Fall und seinen Begleitumständen eine Waffe im politischen Kampfe zu machen sucht. (Lebh. Zustimm. links.) Läge der Fall so, daß die drei genannten Abgeordneten etwas getan haben, was den Strafgesetzen widerspricht, dann sind sie straffällig, dann würde die Immunität sie nicht schützen und sie würden selbst den Appell an die Immunität in einem solchen Falle nicht zu erheben wagen. Aber dann wäre der Reichsanwalt auch längst gekommen mit der Forderung an den Reichstag, die Immunität aufzuheben und Strafverfolgung zu ermöglichen. (Sehr wahr!) Da der Reichsanwalt mit diesem Antrag nicht kommt, so folgt daraus, daß in den Akten des Reichsanwalts dasjenige nicht enthalten ist, was hier in den Ausführungen des Staatssekretärs v. Capelle als vorhanden vorausgesetzt ist. (Sehr wahr! links.) Wir protestieren dagegen, daß man aus einem nicht vollzogenen Verfahren hier

entehrende Folgerungen gegen Volksvertreter

zieht. (Bravo!) Im übrigen würde, selbst wenn die drei Mitglieder des Hauses in ein Strafverfahren hineingezogen worden wären, daraus nicht im geringsten folgen, daß man für ihr Vorgehen ihre Partei als solche brandmarkt. (Sehr richtig! links.) Uns gefällt die Politik der Unabhängigen sicher nicht, wie ihnen nicht die unsrige. Das beruht auf Gegenseitigkeit, aber das, was der Reichskanzler vorher gesagt hat, hat uns alle geradezu genötigt, nun für diese Partei und ihr Existenzrecht einzutreten. (Sehr wahr! links. Widerspruch rechts.) Wenn man eine ganze Partei mitten im Kriege mit dem Generalbann belegt, so hat die Volksvertretung dafür keinen Sinn. Nach dem 4. August 1914, nach dem Worte des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr", ist dies Vorgehen eine moralische Unmöglichkeit. (Lebh. Zustimm. links.) Wer will mit Ueberlegung die Folgen übernehmen, die daraus für unsre Munitionsherstellung und für die Stimmung an der Front folgen müssen? (Sehr wahr! links.)

Ich komme dann mit einigen Ausführungen zurück auf die Interpellationsdebatte. Der Kriegsminister meinte, der Abgeordnete Landsberg hätte nur wenig Material vorgetragen. Das ist für jemand, der nur mit Quantitäten zu rechnen gelernt hat, verständlich. (Sehr gut!) Wenn man aber etwas Sinn hat für das, was Bismarck mit dem Wort Imponderabilien bezeichnete und was wir mit den Seelenvorgängen des einzelnen Menschen bezeichnen können, mit jener merkwürdigen Tatsache, daß die Menge aus lauter einzelnen Seelen besteht, von denen jede einzelne ihr freies Recht und ihren Willen hat, dann weiß man, daß ein Volk gerade in diesem Kriege fordert, daß es bei aller notwendigen Subordination

nicht nur als Quantität behandelt

wird, daß der einzelne Mann in der Armee das Gefühl haben will, für den Kriegsminister sind wir nicht nur Soldaten, sondern auch Menschen. Die Vaterlandspartei, die uns das Vaterland schwer macht (Sehr gut! links), steht unter der Führung des Großadmirals v. Tirpitz. Man muß ein offenes Wort über die Tätigkeit v. Tirpitz' sagen. Daß ihn ihm gegenüber in früheren Zeiten, und daß dieser Mann jetzt solche Wege geht, gehört mit zu den schmerzlichsten Erfahrungen des Krieges. Es lebt in ihm eine Art Wallensteintrieb. (Sehr gut! links.) Er hat seine Flotte geschaffen, mit der macht er seine Politik. (Sehr gut! links.) Von Ende 1914 an bereits hatten wir zwei gegeneinander kämpfende Regierungen, die Regierung Bethmann und die Regierung Tirpitz. (Sehr wahr! links.) Dagegen wir uns heute wehren, ist daher Kampf in seiner vernichtenden Schärfe autoritär in das Heer hineingetragen wird. (Sehr wahr! links.) Der Kampf, der zuerst um den uneingeschränkten U-Boots-Krieg ging, hat sich jetzt ein andres Objekt gesucht. Wir, die wir den U-Boots-Krieg für gefährlich hielten, haben geschwiegen, nachdem er einmal beschlossen war. Die Vaterlandspartei hat es nach dem Mehrheitsbeschluß des Reichstags für den Verständigungsfrieden nicht verstanden, dieselbe moralische Selbstzucht aufzubringen. (Lebh. Zustimm. links.) Der Friede nach diesem furchtbaren Kriege, der die Völker so zerrissen hat, kann nicht ein einfaches „Geschäft" sein, wie der geschäftskundige Herr Kreth das glaubte. Es muß ein gegenseitiges Vergeben und Vergessen voraussgehen. Es muß erst die Grundlage der Friedensgesinnung gelegt werden. Das war auch die Auffassung des führenden Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg, an den sich gerade in diesen Tagen auch noch mancher in diesem Haus erinnert. (Lebh. Zustimm. links.) Wir Deutschen müssen in der Friedensgesinnung an der Spitze marschieren, sonst wird kein Friede kommen, kein deutscher und kein andrer. (Lebh. Beif. links.)

Reichskanzler Dr. Michaelis:

Aus der Darstellung des Abg. Dittmann könnte man entnehmen, daß die von ihm angeführten Strafen, Zuchthausstrafe über 200 Jahre und sogar Todesstrafe, überhaupt hart und ungerecht gewesen wären. Es ist aber leider Tatsache, daß die schwersten Verbrechen von einigen unsrer Marinekreise begangen sind. Es ist mit Zetteln, auf denen die Leute sich verpflichteten, die Grundsätze der Unabhängigen Sozialdemokratie anzuerkennen, eine umfangreiche Agitation betrieben worden. Wenn der Abg. Dittmann darauf hinwies, ich möchte gesagt, ich wolle mit völliger Objektivität allen Parteien gegenüberstehen, so hätte er auch hinzusetzen müssen, daß ich auch gesagt habe, es dürften natürlich nicht Parteien sein, deren Agitation ich für gefährlich für den Bestand des Reiches und Preußens hielte. In diesem Sinne habe ich gesagt, stände die Unabhängige sozialdemokratische Partei außerhalb. Damit habe ich aber nicht gesagt, die Unabhängige sozialdemokratische Partei sollte außerhalb des Rechtes gestellt werden. Der hat das von mir gehört? Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob eine Behörde, die verantwortlich dafür ist, ob unsre Truppen leistungsfähig bleiben und unsre Marine nicht in einzelnen Gliedern den Plan der Gehorsamsverweigerung faßt, dagegen Maßnahmen ergreift, als wenn ich sage, eine Partei soll unter Ausnahmegesetz gestellt werden. Das Vorgekommene werden wir alle sehr bedauern, aber der Grund liegt darin, daß die Leute in falscher Weise beraten worden sind.

Abg. Mertin (D. Fraktl.) verlangt, daß schleunigst das Verfahren gegen die Abgeordneten der Unabh. soz. Partei eingeleitet werde und verteidigt die Haftung der Vaterlandspartei.

Abg. Haase (Unabh. Soz.):

Der Reichskanzler sagte, die verurteilten Matrosen hätten sich zu den Grundsätzen der Unabhängigen Sozialdemokraten bekannt. Für diese Grundsätze treten aber seit Jahrzehnten Millionen ein, und kein Staatsanwalt hat Anlaß, dagegen einzuschreiten. Es wird den verurteilten Matrosen vorgeworfen, sie hätten Flugblätter verbreitet. Diejenigen, die Dittmann ihnen gegeben hat, sind

legale Schriften, die durch die Zensur gegangen

sind. Die merkwürdige Aufforderung ist hier ferner aufgestellt worden, weil hier ein Verdacht gegen uns ausgesprochen ist, sollten wir die Immunität aufgeben. Zunächst hat der Staatssekretär nur gesagt, die Angeklagten hätten angegeben, sie hätten Beziehungen zur Unabhängigen Sozialdemokratie gehabt. Nichts ist vorgebracht worden, das irgendwie einen Verdacht rechtfertigen kann, es könnte ein Verfahren gegen uns eingeleitet werden. Und mit Recht hat Naumann hervorgehoben, daß längst ein Verfahren eingeleitet worden wäre, wenn die Möglichkeit dazu vorläge. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Aber auch sonst könnten wir die Immunität nicht aufgeben, denn sie ist kein persönliches Recht des Angeklagten, das er nach seinem Willen preisgeben kann.

Dem Kanzler muß ich aber noch bemerken, ich empfinde es als ein schweres Unrecht gegen die Angeklagten, daß wir nicht als Zeugen vorgeladen worden sind. (Lebh. Zust. b. d. Unabh. Soz.) Wir wären in der Lage gewesen, manches aufzuklären, was mißverstanden gewirkt hätte, und wir hätten den jungen Menschen vor dem Tode bewahren können. Der Reichskanzler hat Linien zwischen sich und unsrer Partei gezogen. In diesem Falle hätten die Behörden nicht die Linien der Menschlichkeit ausschalten können. Reichnitz ist am 30. August verurteilt worden. An diesem Tage hat er an seine Eltern, fromme Mitglieder der Baptisten-Gemeinde in Neukölln, bewegliche Abschiedsworte gerichtet. Die Eltern haben diesen Brief nicht bekommen, sondern nur erfahren, daß das Todesurteil vollstreckt worden ist, und zwar haben sie das nicht amtlich erfahren, sondern durch einen Arbeiter. (Anhaltende Unruhe b. d. Unabhängigen Soz. Rufe: Skandal, skandalös!) Am 5. September ist das Urteil vollstreckt worden, und den unglücklichen Eltern ist jener Brief erst am 14. September übergeben worden. Da sollten doch die Herzen und die Eingeweide ihnen zerspringen, es ihre Brust schlagen und sich nicht erklären, solche heimlichen Beschuldigungen ins Haus zu schleudern, solche Politik der Verfolgung gegen eine Partei einzuleiten. Aber ihr Zweck ist klar. Sie haben hier so schwere Niederlagen erlitten, sie sind durch die amtlichen, mit Reichsmitteln betriebene Propaganda so blosgestellt worden, daß sie das Bedürfnis empfunden haben, von diesen blamablen Tatsachen abzulenken. (Lebh. Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Dr. Michaelis:

Die beiden Männer sind von einem Gerichtshof verurteilt worden, der selbständig zu entscheiden hat, und zwar der eine wegen militärischen Aufruhrs, der andre wegen Aufstandserregung. Wer als Zeuge in einem solchen Verfahren vernommen wird, unterliegt nicht irgendeiner Entscheidung des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Reichsmarineamts. (Zuruf bei den Unabh. Soz.: Justizmord!) Einstreich muß ich auch dagegen erheben, daß nichts erwiesen ist über den Verkehr zwischen den beiden und dem Angeordneten Haase, was irgendwie einen Schatten von Schuld auf ihn und seine Partei wirft. Der Staatssekretär hat ja die Aussage des Matrosen Reisein, wonach er in eine Agitation verwickelt war, deren Zweck es war, den Gehorsam zu verweigern, und zwar als Rädelsführer. (Widerspruch b. d. Unabh. Soz.) Das hat er selbst zugestanden und mit dieser Schuld im Herzen ist der Mann hergereist und hat sich hier weiteres Agitationsmaterial besorgt. (Lärmende Unruhe b. d. Unabh. Soz.) Und nach den eignen Mitteilungen der Herren ist ihm Agitationsmaterial gegeben worden. (Zurufe b. d. Unabh. Soz.: Was für Material?) Es handelt sich um weiteres Agitationsmaterial zur Agitation für die Unabhängige Sozialdemokratie, und lediglich dieser Zusammenhang ist vom Staatssekretär als das bezeichnet worden, was vorliegt. (Zurufe b. d. Unabh. Soz.: Das ist ja Kinderei! und Unerhört!)

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Der Reichskanzler hat festgestellt, daß die betreffenden Personen von mir Agitationsmaterial für die Unabhängige Sozialdemokratie erhalten haben. Das ist in Hunderten von Fällen geschehen, so daß ich mich des Eingeständnis kaum noch entziehen kann. Dieses Material enthielt nichts, weil unsre Gespräche an jene Beschwerden über die Behandlung und Bestrafung anknüpften. Der Mann erklärte, er lese die Zeitungen der Unabhängigen Sozialdemokratie. Es ist dem Manne gelungen, trotzdem gut Regierungsstellen, die bemüht sind, darauf hinzuwirken, daß alle Parteien nach dem bekannten Kaiserwort gleich behandelt werden, aber dem Militär und in der Marine wird dem systematisch entgegengewirkt, und deshalb stelle er sich in acht nehmen, damit man nicht versuche, ihm daraus einen Strick zu drehen. Wenn der Staatssekretär einen weiteren Zusammenhang konstruiert, so muß er den Beweis dafür erbringen. Von der Arbeiterklasse werden diese armen Matrosen als Märtyrer betrachtet werden. (Lebh. Zustimmung bei den Unabh. Soz.), ihre Verurteilung wird in den Annalen dieses Krieges verzeichnet als ein ganz jämmerlicher, elender Justizmord.

Abg. Graf Westarp (kons.): Weder dem Abg. Dittmann noch Naumann kann ich damit zustimmen, daß die Aeußerungen des Reichskanzlers über die Unabhängige Sozialdemokratie unverzeihlich seien und der Neuerung des Kaisers vom 4. August 1914. Diese Matrosen haben Hoch- und Landesverrat begangen und mit den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie den Plan der Organisation besprochen. (Lachen u. Zurufe b. d. Unabh. Soz.) Während draußen die Schlachten toben, wollten die Unabhängigen Sozialdemokraten unsre Flotte wehrlos machen. Dazu kommt ihre seit Jahr und Tag betriebene Politik, die Verweigerung der Mittel für unsre kämpfenden Truppen und ihre Reden, die das Vaterland aufs schwerste schädigen. (Erneute Unruhe der Unabh. Soz.) Es ist berechtigt, wenn der Reichskanzler erklärt hat, daß Beamten eine Betätigung für diese Partei nicht zu gestatten ist und daß die Agitation für sie im Heer und in der Marine nicht geduldet werden kann.

Die Diskussion schließt.

Der Antrag der Unabh. Soz., zu erklären, die Behandlung der Interpellation durch die Regierung entspricht nicht der Auffassung des Reichstags", wird gegen die Stimmen der Soz. und Unabh. Soz. abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Ausschußberichts über die

auswärtige Politik.

Abg. Fehrenbach (Ztr.): Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Friedensentschließung des Reichstags vom 19. Juli. Die giftigen Kundgebungen der Präsident Wilson unter heuchlerischer Maske gegen das deutsche Volk gerichtet hat, weisen wir mit Entschiedenheit zurück und verbitten uns jede Einmischung in unsre innern Angelegenheiten. Das großartige Programm, das Graf Czernin über den Aufbau einer neuen Weltordnung verkündet hat, zeigt, daß diese Ideale Gebenden nicht mehr lediglich bei Philosophen zu finden sind. Nach den Erfahrungen dieses furchtbaren aller Kriege sollte man in allen Völkern die Ueberzeugung erwarten, jetzt sei es an der Zeit, von philosophischen Worten zur Tat überzugehen. In unsern Feinden liegt jetzt die Entscheidung, der Reichstag wird eine weitere Friedensstundgebung, die deutsche Regierung ein weiteres Friedensangebot nicht machen. Unsre Kraft ist ungebrochen, wir wissen, daß wir durchhalten können. Der Reichskanzler hat sich der Auffassung der Reichstagsmehrheit durchaus angeschlossen. Wir brauchen gegenüber dem Ausland Einigkeit, Wahrheit und Klarheit. Der Regierung stelle die Führung zu, wir sind bereit, ihr zu folgen, aber nur wenn sie einig und stark ist. (Lebh. Beifall i. Ztr.)

Staatssekretär v. Kühlmann:

Peru und Uruguay haben den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit uns beschlossen. Das Kohlenkontingent von Holland ist so weit gefördert, daß nur noch wenige Formalien ausstehen. Die Bemühungen des Papstes um die Anbahnung eines Gedankenaustausches der feindlichen Mächte haben seit unsrer Beantwortung der päpstlichen Note einen wesentlichen Fortschritt nicht gemacht. Graf Czernin hat aufs neue die Bereitwilligkeit der Zentralmächte für einen ehrenvollen Frieden betont und in großzügiger, weit über den Tag hinausblickender Weise auf die Grundlinien hingewiesen, auf denen vielleicht einmal das neue Europa aufgebaut werden könnte. Aber die Reden des englischen Marineministers Churchill, des geistigen Führers der englischen Armee nach Antwerpen, zeigt ihn von dem neuen Geiste recht wenig berührt. Asquith hat dann gesagt, daß die Zurückgabe Elsaß-Lothringens in die gleiche Linie gestellt werden müsse mit der belgischen Frage. Er hat damit die Lage so charakterisiert, wie sie sich mir nach allem, was ich aus sonstigen Quellen erfahren habe, mit vollkommener Deutlichkeit darstellt. Die Frage, um welche heute die Völker Europas noch kämpfen, ist nicht in erster Linie Belgien. Die Frage, um die Europa mehr oder weniger in einen Schutthaufen verwandelt wird, ist die Zukunft Elsaß-Lothringens. England hat sich Frankreich gegenüber diplomatisch verpflichtet, so lange mit seiner gesamten Staatsgewalt und mit seinen Waffen für die Rückgabe Elsaß-Lothringens einzutreten, als Frankreich selbst an dieser Forderung festhält. (Hört, hört!) Dieser Lage gegenüber ist es entgegenkommend, die deutsche Stellung ruhig, klar, aber auch fest zu unterschreiben. Auf die Frage, ob wir in bezug auf Elsaß-Lothringen irgendwelche Zugeständnisse machen werden, haben wir nur die eine Antwort: Nein, niemals! (Lebhafte Zustimmung.) Solange eine deutsche Kraft die Klinke halten kann, kann die Unverbrüchlichkeit des Reichsgebiets nicht Gegenstand irgendwelcher Verhandlungen oder Zugeständnisse werden. Elsaß-Lothringen ist Deutschlands Schild und das Symbol deutscher Einheit. (Bravo!) Eine solche Hartstellung kann dem Aufkommen eines ehrlichen Friedenswillens in der Welt nicht schädlich sein. Wofür wir fechten, sind nicht phantastische Eroberungen, es ist die Unversehrtheit des Deutschen Reiches. (Lebh. Beifall.) Soweit ich die Weltlage zu überblicken imstande bin, gäbe es außer dem französischen Wunsche nach Elsaß-Lothringen

kein absolutes Hindernis für den Frieden

(Hört, hört!), keine Frage, die nicht durch Beratungen und Ausgleich derart gelöst werden könnte, daß die Aufwendung von so viel Blut und so ungeheurer Mittel sich vor den Völkern und der Geschichte nicht mehr rechtfertigen ließe. Eine irrtümliche Auffassung ist es, als ließe sich durch öffentliche Erklärungen von der Rednertribüne die politische Lage noch wesentlich fördern. Solche öffentlichen Erklärungen müssen einfach sein, und alle schwebenden Fragen sind so gegenseitig verknüpft, daß ihnen eine solche Erklärung nur in beschränkten Maße gerecht werden könnte. Unsre Feinde haben ja noch nicht einmal ihre Friedensziele in einer Weise kundgegeben, die auch nur annähernd den bestehenden Tatsachen gerecht würde. Sie haben lediglich vollkommen utopische Maximalforderungen verkündet, die nur durchgeführt werden könnten nach völliger Niederringung Deutschlands und aller seiner Verbündeten. (Sehr wahr!) Demgegenüber ist unsre Politik real und nüchtern und rechnet mit den gegebenen Tatsachen. Wenn sich die Gegner so stellen, als könnten sie keine Aderheit über die deutschen Kriegsziele bekommen, so ist das Heuchelei. Unsre Note an den Papst kann für jeden, der hören und verstehen will, keinen Zweifel über die wesentlichen Grundlagen des deutschen Friedensprogramms lassen. Die auswärtige Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie getragen ist von der Zustimmung des Volkes und seiner großen Masse. (Bravo! links.) In dieser ernsten Schicksalsstunde ist jeder mitberufen, unsrer auswärtigen Politik die Wucht und Geschlossenheit zu geben, die sie braucht, um den Sieg und den Frieden zu erreichen. (Lebh. Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. Dr. Grabnauer (Soz.):

Die Rede des Staatssekretärs war von großer Bedeutung. Man muß sich dennoch mit der Tatsache abfinden, daß vor allem England zum Frieden noch nicht bereit ist. Es sind in der Tat unerschütterliche Pläne, die England noch immer verfolgt. Die weitgehenden Forderungen von Asquith gehen auf nichts weniger als auf die Vernichtung Deutschlands hinaus. Er fordert ein Großrumänien, ein Großserbien, d. h. Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns. Befreien will England, allerdings nur auf Kosten seiner Kriegsgegner; daran, den von ihm selbst unterjochten Völkern die Freiheit zu geben, denkt es nicht. Unter diesen Umständen sagen auch wir Sozialisten, in der Verteidigung unsers Landes müssen wir ausharren. (Bravo!) An eine Ausschreitung von Elsaß-Lothringen denkt bei uns in Deutschland niemand. (Sehr richtig!) Die Franzosen sollten sich endlich das Wort Jaurès' zu eigen machen, der im April 1911 sagte: „Eine auf deutsch-französische Versöhnung gerichtete Politik würde die Demokratisierung Deutschlands beschleunigen. In diesem demokratischen Deutschland könnte Elsaß-Lothringen eine Autonomie erhalten, die ihm erlaubt, seine französischen Erinnerungen zu pflegen und die Kultur der beiden verbündeten Völker harmonisch zu verschmelzen." (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir unterstützen müssen jedenfalls aus diesem Kriege die Folgerung ziehen, daß für Elsaß-Lothringen die volle Selbstverwaltung eingeführt wird. Möge der Reichskanzler alle Kräfte einsetzen, um die bekannten Widerstände gegen eine solche Regelung zu überwinden. (Bravo!) In Rußland haben sich die Verhältnisse leider nicht so entwickelt, wie wir gewollt haben. Es ist der englischen Diplomatie gelungen, Rußland am Zügel zu halten und es seinen Zwecken nutzbar zu machen. Aber es sind auch von deutscher Seite Rußland gegenüber schwere Fehler gemacht worden. Nach den heutigen Erklärungen des Staatssekretärs v. Kühlmann hoffen wir, daß solche Fehler in Zukunft nicht wieder gemacht werden. Herr v. Kühlmann hat sich heute mit erfreulicher Klarheit ausgesprochen, im Gegensatz zu den widersprechenden Erklärungen des Reichskanzlers. Die Politik unsrer Regierung waren gut, aber die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171011-17/fragment/page=0003

Musik, die nach dem Rücktritt des Reichskanzlers bisher dazu gemacht wurde, war herzlich schlecht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nach der Deutschen Liebe des Herrn v. Kühlmann ist festzustellen, daß es außer Elsaß-Lothringen weder im Osten noch im Westen irgendein wirkliches Friedenshindernis gibt, über das nicht eine Verständigung möglich wäre. Darunter fällt also auch Kurland, Polen, Belgien. Zu bezug auf unsere Stellung zu Belgien muß völlige Klarheit geschaffen werden. Das wird unser Verhältnis zu den Neutralen verbessern und wird auch die Friedensströmung in den feindlichen Ländern fördern. (Sehr wahr!) Dieser Friede wird nicht von den Diplomaten gemacht werden, sondern von den Völkern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit Freuden haben wir die Rede des Grafen Czernin über die Abrüstung und die Schiedsgerichtsfrage begrüßt. Das sind alte sozialistische Anschauungen. Wir werden alles daransetzen, daß wirklich die Lehren aus diesem Krieg in diesem Sinne gezogen werden. Dann wird aus diesem Krieg ein neues Europa entstehen, in dem ein Geist der Kultur und des Friedens herrscht. (Beifall b. d. Soz.)

Hierauf vertagt das Haus um 7¼ Uhr abends die Weiterberatung auf Mittwoch 10 Uhr. —

Neue Versenkungen.

Amtlich wird gemeldet:

Im Aermelkanal wurden durch eins unsrer Unterseeboote neuerdings vier tiefbeladene Dampfer versenkt, die alle bewaffnet waren. —

* * *

Die neue russische Ministerliste.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet:

Amtliche Liste des von Kerensky auf der Grundlage des Uebereinkommens mit den demokratischen und bürgerlichen Parteien neugebildeten Ministeriums: Sozialistische Minister sind: Kerensky, Ministerpräsident und Oberoberbefehlshaber; Nikitin, Inneres, Post und Telegraphen; Maliantowitsch, Justiz; Protopowitsch, Nahrungsmittelversorgung; Awksentiew, Landwirtschaft; Gwoßdew (?), Oeffentliche Arbeiten. Nichtsozialistische Minister sind: Terestschenko, Auswärtige Angelegenheiten; Konowalow, Handel und Industrie; Bernatzky, Finanzen; Salatzkin, Oeffentlicher Unterricht; Kartaschew, Kultus; Kischkin, Oeffentliche Unterstützung; Smirnow, Staatskontrolleur; Tretiakow, Präsident des Wirtschaftsrats bei der vorläufigen Regierung; Liwerowsky, Verkehrsminister; General Werchowsky, Krieg; Admiral Werderewsky, Marine.

Einer andern Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur wurde das neue Kabinett nach der Parteizugehörigkeit folgendermaßen zusammengesetzt: Drei Sozialrevolutionäre (Präsidium, Wege und Landwirtschaft), vier Sozialdemokraten (Inneres samt Post und Telegraphie, Justiz, Arbeit und Verpflegung), drei unabhängige Sozialisten (Krieg, Marine, Oeffentlicher Unterricht), ein Radikaldemokrat (Finanzen), vier Kadetten (Handel und Industrie, Oeffentliches Unterstützungswesen, Kultus und Staatskontrolle) sowie zwei Parteilose (Aeußeres und Präsidium des Wirtschaftsrates). —

* * *

Notizen.

Der Reichstag setzte am Mittwoch die Besprechung über die auswärtige Politik fort und führte sie zu Ende, ohne einen besondern Beschluß zu fassen. Es wurde dann verhandelt über die sozialdemokratische Interpellation, die sich gegen die Unterbindung des Vereins- und Versammlungsrechts durch die stellvertretenden Generalkommandos richtet. Nach einer Begründung durch den Genossen Schmidt (Berlin), der zahlreiche Einzelfälle vortrug, nahm der Kriegsminister das Wort. Er gab zu, daß einzelne Mißgriffe vorgekommen seien, den Generalkommandos sei aber eine Verfügung zugegangen, in welcher es als unzulässig bezeichnet wird, wenn durch allzu scharfe Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts Unruhe unter den Arbeitern geschaffen werde. Die Verhandlungen wurden schließlich auf Donnerstag vertagt. An diesem Tage will der Reichstag auch noch den übrigen Verhandlungsstoff aufarbeiten und sich dann bis zum 5. Dezember vertagen. —

*

Die Wahlen in Finnland. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis wird sich der neue finnische Landtag aus 95 Sozialdemokraten, 65 Mitgliedern des bürgerlichen Blocks, 22 Mitgliedern der agrarischen und 18 der schwedischen Partei zusammensetzen. Die Sozialisten erhielten insgesamt 316 922, die Bürgerlichen 213 502 Stimmen. —

*

Der französische Parteitag. (Havas.) Der Sozialistenkongreß hat den Mehrheitsantrag mit 1352 Stimmen angenommen. Die Minderheitspartei erhielt 331 Stimmen, derselbe Antrag mit dem Zusatz gegen die Kriegskredite 118 Stimmen bei 85 Stimmenthaltungen. —

* * *

Das Ringen in Flandern.

W. T. B. Großes Hauptquartier, den 10. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Schlachtfeld in Flandern traten gestern neben 11 britischen Divisionen wieder französische Truppen in den Kampf.

Die gewaltige Kraftanspannung der beiden verbündeten Westmächte erschöpfte sich in tagsüber währendem Ringen an der Standhaftigkeit unsrer Flandernkämpfer!

Die morgens nach stärkstem Trommelfeuer vorbrechenden Angriffe bildeten die Einleitung zur Schlacht, die sich bei ununterbrochen heftigster Artilleriewirkung bis tief in die Nacht in fast 20 Kilometer Breite auf den Trichterfeldern zwischen Bixschoote und Gheluvelt abspielte. Die Gegner warfen immer neue Kräfte in den Kampf, die mehrmals, an einzelnen Stellen bis zu 6 Malen, gegen unsre Linien anstürmten.

Südlich des Houthoulster Waldes gewann der Feind bei Draaibank, Mangelaere, Vitkoet und am Bahnhof von Poelcapelle etwa 1500 Meter an Boden, bis ihn der Gegenstoß unsrer Reserven traf und seinen Anfangserfolg beschränkte.

Von Poelcapelle bis südlich von Gheluvelt haben unsre tapferen Truppen ihre Kampflinien fest in der Hand; die wiederholten feindlichen Angriffe gegen diese 13 Kilometer breite Front sind sämtlich unter den schwersten Verlusten zusammengebrochen.

Bei den andern Armeen war die Gefechtstätigkeit gering; nur an der Aisne verstärkte sich der Feuerkampf. Südlich der Straße Laon—Soissons vorstoßende französische Kompanien wurden abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front:

Südwestlich des Doiran-Sees warfen die Bulgaren mehrere englische Abteilungen, die nach längerer Artillerievorbereitung angriffen, zurück.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Amtliche Bekanntmachungen.

Im Winter 1917/18 kann Schnee und Eis kostenlos abgeladen werden auf:

1. Kohlenplatz an der Berliner Straße, kurz vor Diemitz.
2. „ „ „ Wörmlitzer Straße.
3. „ „ „ Wörmlitzer Straße.
4. „ „ „ Mansfelder Straße.
5. „ am Kräutenberg.
6. „ an der Felsstraße.
7. dem Schuttabladeplatz am Seebener Wege (ehem. Tongrube).
8. „ „ ehem. städt. Sandgrube am Goldberge.

Den Anweisungen der auf den Plätzen von der Polizeiverwaltung oder dem Magistrat aufgestellten Aufseher ist unbedingt zu folgen.

Halle, den 9. Oktober 1917. **Die Polizeiverwaltung.**

Zum Zwecke der Einkommensteuer-Veranlagung für das neue Steuerjahr hat die Aufnahme des Personenstandes der Einwohner der Stadt Halle nach dem Stande vom

Montag den 15. Oktober 1917 stattzufinden.

Zu diesem Zwecke werden den Grundstücks-Eigentümern bzw. ihren Stellvertretern in den nächsten Tagen so viel Formulare zur Ausfüllung behändigt werden, als nach ihrer Angabe sich Haushaltungen (einschließlich der eignen) und selbständige einzeln wohnende Personen in jedem Hause befinden.

Die Abholung der ausgefüllten Formulare erfolgt am

Dienstag den 16. Oktober 1917.

Bei Ausfüllung der Formulare ist die auf der ersten Seite befindliche Anweisung genau zu beachten.

Es liegt im allgemeinen Interesse, daß die Aufnahme des Personenstandes, welche die Grundlage für die richtige und gleichmäßige Steuerveranlagung bildet, sorgfältig und genau erfolgt.

Die Verpflichtung zur Ausfüllung beruht auf § 23 und 74 des Einkommensteuer-Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906 und des Gesetzes vom 15. Juni 1907:

§ 23. Jeder Besitzer eines bewohnten Grundstücks oder dessen Vertreter ist verpflichtet, der mit der Aufnahme des Personenstandes betrauten Behörde die auf dem Grundstück vorhandenen Personen mit **Namen, Berufs- oder Erwerbsart, Geburtsort, Geburtstag und Religionsbekenntnis, für Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen auch den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte** anzugeben.

Die Haushaltungsvorstände haben den Hausbesitzern oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über die zu ihrem Hausstand gehörigen Personen einschließlich der Unter- und Schlafstellenmieter zu erteilen.

Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen haben den Haushaltungsvorständen oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über ihren Arbeitgeber und ihre Arbeitsstätte zu erteilen.

§ 74. Wer die in Gemäßheit des § 23 von ihm erforderte Auskunft verweigert oder ohne genügenden Entschuldigungsgrund in der gestellten Frist gar nicht oder unvollständig oder unrichtig erteilt, wird mit einer Geldstrafe bis 300 Mark bestraft.

Steuerpflichtige, die bei der Veranlagung übergangen werden, sind zur Entrichtung des der Staatskasse entgangenen Betrags verpflichtet. Diese Verpflichtung erstreckt sich auf drei Steuerjahre zurück und geht auf die Erben über.

Zum Kriegsdienste eingezogene Personen, welche in Halle ihren Wohnsitz haben, sind in die Haushalte aufzunehmen mit Ausnahme der zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Dienstpflicht außerhalten Aufenthalt. (Ausnahmen sind ersichtlich unter Nr. 1c der Anweisung.)

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Ausfüllung nicht wie in der auf Seite 1 der Haushalte befindlichen Anweisung angegeben ist, nach dem Stande vom Donnerstag den 18. Oktober 1917, sondern nach dem vom

Montag den 15. Oktober 1917

zu erfolgen hat.

Halle, den 5. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Ausschreibung.

Die sofortige Lieferung von 800 Scheuerlüchern gegen Bezugsschein für die städtische Schulverwaltung ist zu vergeben.

Angebote mit Proben sind bis zum **15. Oktober 1917** an das Bureau der Schulverwaltung, Rathausstraße 4, I, Eingang Kleine Steinstraße, einzureichen.

Auswärtigen Geschäften kann die Lieferung nicht übertragen werden.

Die Bewerber sind 2 Wochen an ihr Angebot gebunden.

Halle, den 8. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Stadt-Theater.
Freitag den 12. Oktober
Figaros Hochzeit
Sonnabend den 13. Oktober
Stahl und Gold.

Thalia-Theater
Gastspiel des
Stadt-Theater-Personals
Sonntag den 14. Oktober 1917
abends 7½ Uhr
Die Herren Söhne
Volksstück von Wolter und Stein.

Wollene Kleider- und Kostümstoffe
Mäntelstoffe — Anzugstoffe — Samte — Manchester
finden Sie noch in großer Auswahl
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit — Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer **10** Pf.

In Freien Stunden — Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von **15** Pf.

Der Wahre Jacob — Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, einzelne Nummer **10** Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung — Einzelnummer **10** Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
herausgegeben unter Leitung von Dr. med. **Zadek.** Ca. 50 verschiedene Bändchen à **20** Pf.

Dokumente zum Weltkrieg — bearbeitet von Eduard Bernstein.

Reichhaltige Roman-Bibliothek — der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung Frauenzeitung Praktische Damenmode Hausschneiderei Sonntagszeitung Deutsche Modenzeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171011-17/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 114. Halle, Donnerstag den 11. Oktober 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 11. Oktober 1917.

„Vaterländisches".

Es ist äußerst belustigend, zu sehen, wie sich die beiden Amtsorgane der Deutschen Vaterlandspartei in Halle mit der schweren Niederlage ihrer Mandanten im Reichstag abfinden.

Die „Hallesche Zeitung" zunächst schimpft, natürlich wie immer. So sagt sie unter anderm:

Bei der Begründung der gegen die Deutsche Vaterlandspartei gerichteten sozialdemokratischen Interpellationen leisteten sich die Einbringer Ausfälle, die jeder Beschreibung spotteten und des hohen Hauses im höchsten Grad unwürdig waren. Nicht genug damit, daß der Genosse Landsberg, sich mit allen Mitteln seiner glänzenden Redegabung und erstaunlichen Befähigung, die Dinge auf den Kopf zu stellen, gar nicht genug tun konnte in Schmähungen und Hetzereien, nein, aus den Reihen seiner Getreuen wurden Zwischenrufe laut, die jede parlamentarische Erziehung vermissen ließen und von ohnmächtiger Wut über das Mißlingen ihrer nur allzu durchsichtigen Absicht zeugten, die Regierung zu einem tatkräftigen Einschreiten gegen die Bekunder des deutschen Siegeswillens zu veranlassen.

Am Ende setzt sie sich aber gar aufs hohe Pferd und deklamiert mit falsch geschraubtem Pathos, hinter dem nur zu sehr die Wut über den Reinfall hervorlugt:

Wenn es überhaupt noch einer Rechtfertigung der Bestrebungen der Deutschen Vaterlandspartei bedurft hätte, so wäre sie in der Sonnabend-Sitzung des Reichstags in überzeugendster Weise erbracht worden. Das war aber gewiß nicht die Absicht der Interpellanten. Immerhin können wir aber diese Tatsache mit voller Genugtuung buchen. War bisher schon der Zulauf zu der vaterländischen Volkspartei ein ungemein starker, so muß er sich jetzt — daran zweifeln wir nicht einen Augenblick — noch vielfachen.

Auf diesen Bluff fällt aber niemand herein, — selbst dann nicht, wenn die „Hallesche Zeitung" etwa meinen sollte, die Behörden würden nun noch viel mehr als bisher Mitglieder der Deutschen Vaterlandspartei „werben", sintemalen diesen liebenswürdigen Bemühungen der Reichstag nun doch etwas mehr das Handwerk legen wird. Die Welt bleibt doch schließlich nicht immer in konservativer Dummheit und Abhängigkeit befangen!

Noch ganz anders legt aber das vaterländische Konkurrenzorgan, die „Allgemeine Zeitung", las, also das Organ desjenigen Magistrats, an dessen Spitze der Oberbürgermeister Rive, zweifacher Vorsitzender der Deutschen Vaterlandspartei, steht.

Sie ist so naiv, ausgerechnet der Reichstagsmehrheit vorzuwerfen, daß sie den andern „undeutsche" Absichten unterschiebe, obgleich mit dieser Unterstellung niemand verwüstender und skrupelloser vorgegangen ist als gerade der alldeutsche schwerindustriell-hochkonservative Heerbrusen. Sie ist weiterhin so naiv, ausgerechnet der Reichstagsmehrheit die Schuld an den Auseinandersetzungen vorzuwerfen, trotzdem doch nun fast einmütig, selbst von einem Teile der konservativen Presse, zugegeben worden ist, daß daran allein das unglückliche Auftreten der Regierungsvertreter die Schuld trägt. Und wenn sie bei dieser Gelegenheit sagt, daß durch solche Zwischenfälle das Ansehen Deutschlands im Ausland geschädigt und der Krieg verlängert würde, so hat sie schon ganz recht. Nur säumt sie dabei das Pferd wieder am Schwanz auf: nicht die Angriffe der Reichstagsmehrheit gegen die alldeutsche Propaganda rufen das hervor, sondern diese Propaganda selbst tut es, die alle noch so friedliebenden Erklärungen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes beim feindlichen Ausland immer wieder in ein zweifelhaftes Licht setzen; und wenn etwas kriegverlängend wirkt, dann sind es eben die Verdächtigungen durch die Reichstagsmehrheit, die dem Ausland von neuem zeigen, daß mindestens das deutsche Volk mit den alldeutschen Hetzereien, die auf eine Annexion der halben Welt hinauslaufen, nichts zu tun hat.

Unsre ganze Zukunft

wird in dieser Gegenwart erobert. Um Großes geht's, um alles! Und wenn Du den letzten Groschen dem Vaterlande leihst, armselig und klein bleibt's immer noch gegenüber dem, was draußen im Feld jeder einzelne leistet.

Also

fort mit törichter Aengstlichkeit,
fort mit „Wenn" und „Aber",
fort mit Klagen und Zaudern!

Rede nicht! Frage nicht!

Zeichne!

Diese grandiose Umkehrung der wirklichen Verhältnisse zieht sich durch den ganzen Artikel. So, wenn es unter polemischen Ausfällen gegen den Redner der sozialdemokratischen Fraktion, den Genossen Landsberg, für die Annexion Kurlands eintritt, denn:

Denn ohne realen — nicht papiernen — Gewinn aus diesem Kriege werden wir immer vor neuen Konflikten stehen, werden unsre Gegner es schließlich erreichen, Deutschland klein zu kriegen, also das Ziel zu verwirklichen, das ihnen seit den Tagen Eduards des Einkreisers vorschwebt.

Und auf die feine Wendung Landsbergs, daß wir keinem andern Volke zumuten wollten, wessen wir uns selbst wehren, nämlich eine Fremdherrschaft, hat dieses Blatt nichts Gescheiteres zu bemerken als:

Ja, weiß denn Herr Landsberg noch nicht, daß Deutschland meuchlings von den andern Völkern überfallen wurde; kann er sich nicht zu der Ueberzeugung durchringen, daß wir den andern Völkern in Zukunft die Möglichkeit nehmen müssen, jemals wieder einen so schändlichen Ueberfall auf das friedliebende deutsche Volk zu versuchen?

Anders als sonst in Menschenköpfen malt sich eben in solchen Köpfen die Welt. Sie können und wollen es nun einmal nicht fassen, daß die Zeit des mittelalterlichen Faustrechts wenigstens im 20. Jahrhundert zu Ende gehen muß, und daß die beste Versicherung gegen Gewaltakten immer noch die Verständigung ist, — ganz abgesehen davon, daß Deutschland und seine Verbündeten einfach nicht imstande sind, die vereinigten Gegner so niederzuwerfen, daß ihnen die Bedingungen diktiert werden könnten, daß weiterhin Deutschland und seine Verbündeten gar nicht die Kraft haben, dann auch dauernd die Uebermacht zu behalten, sofern dieses bedingungslose Niederwerfen wirklich möglich wäre.

Wenn daher die „Allgemeine Zeitung" am Ende zur Einigung aufruft, so ist das ganz in den Wind gesprochen, selbst wenn sie dabei wieder einmal von dem nun ganz gewiß sehr nahen Ende Englands phantasiert. Denn das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit ist nicht willens, um alldeutscher Propaganda oder schwerindustrieller Interessen willen auch nur eine Stunde länger Krieg zu führen. Solange es daher Verfechter dieser Eigeninteressen gibt, wird es auch immer Auseinandersetzungen geben, und darin ist für die Zukunft um so weniger eine Abschwächung zu erwarten, als die Alldeutschen immer unverblümter auftreten, — besonders aber, seitdem ihre neuste Gründung, die Deutsche Vaterlandspartei, existiert. —

Oeffentliche Anfrage.

In bürgerlichen Blättern wird jetzt folgende Bekanntmachung erlassen:

Die Deutsche Vaterlandspartei erbittet Beitrittserklärungen von Männern und Frauen (Jahresbeitrag nur 1 Mark, nach Belieben auch mehr!) nach ihrem Geschäftszimmer, Hagenstraße 2.

Wir schlagen im Adreßbuch nach und finden unter Hagenstr. 2:

Landschaft der Provinz Sachsen, Realkredit-Institut, Martinsberg 10.
Denkewitz, W., Bureaudiener.
Langner, H., Lehrerin.
Siedlungsgesellschaft Sachsenland, G. m. b. H.,
Vollmer, M., Fräulein, Rentiere,
Zergiebel, E., Kaufmann.

Da wir nicht gut annehmen können, daß bei einem Bureaudiener oder einer Lehrerin oder einer Rentiere oder einem Kaufmann ein Bureau für Beitrittserklärungen zur Deutschen Vaterlandspartei aufgemacht worden ist, so erlauben wir uns die öffentliche Anfrage, ob sich dieses Bureau etwa in der Landschaft der Provinz Sachsen oder in der Siedlungsgesellschaft Sachsenland befindet.

Das scheint uns deshalb von großem öffentlichen Interesse, weil diese beiden Institute behördlich unterstützte Einrichtungen sind, die mit den Behörden — besonders der Landwirtschaftskammer — immer noch eine gewisse Verbindung haben, der Reichskanzler aber jetzt erklärt hat, daß behördliche Einflüsse für die Vaterlandspartei nicht geltend gemacht werden sollen. —

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seeroman von W. W. Jacobs.

(24. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

„Wieder zurück?" fragte Käthe Häseler, während sie einander die Hand schüttelten.

„Eben angekommen."

„Nichts Neues von meinem Vater?"

„Leider nichts," antwortete der Kapitän. „Sie kommen ja spät heute nachmittag."

„Ziemlich."

„Sie seh'n abgespannt aus," sagte der Kapitän zärtlich.

„Nein, ich bin nicht abgespannt," entgegnete Käthe. „Ich bin nur noch geblieben und habe eine Tasse Tee mit Fräulein Winkelmann getrunken. Mutter ist ausgegangen und ich hatte daher keine Eile."

„Ist sie jetzt noch aus?"

Fräulein Häseler nickte vergnügt, und da sie zu dieser Zeit an der Ecke einer Straße angekommen waren, blieb sie stehen.

„Ich will noch nicht nach Hause gehen," bemerkte sie, einen Blick die Straße hinauf nach ihrem Hause werfend. „Ich will noch einen Spaziergang machen."

„Ich wünsch Ihnen viel Vergnügen dazu," sagte Bröhan nach einer Pause, in der er überlegte, ob er es wohl wagen dürfe, ihr seine Begleitung anzubieten oder nicht. „Adieu."

Er streckte ihr seine Hand hin.

„Adieu," sagte Käthe; „wenn Sie hineingehen und auf Mutter warten wollen, wird sie sich sicher freuen, Sie zu sehen."

„Ist denn jemand da, der mich hereinläßt?" fragte Bröhan.

„Herr Schröder wird wohl da sein," sagte Käthe, den Blick fest in die Ferne gerichtet.

„Ich — ich werd ein andermal vorsprechen," meinte der überraschte Bröhan, „aber ich hätt doch gedacht —"

„Was gedacht?"

„Nichts," sagte er. „Ich . . . wollen Sie einen weiten Spaziergang machen?"

„Nicht sehr weit. Warum?"

„Ich glaube, Sie gehn lieber allein?"

„Ich hab nichts dagegen," sagte Käthe Häseler; „aber Sie können mitkommen, wenn Sie wollen."

Sie gingen zusammen die Straße hinab und schritten eine Zeitlang in tiefem Schweigen dahin.

„Was war das, was Sie da eben sagten?" fragte Käthe, als das Schweigen lästig zu werden begann.

„Wann?"

„Als ich Ihnen sagte, daß Herr Schröder in unserm Hause sei, sagten Sie, Sie hätten doch gedacht — —"

Sie wandte sich ihm zu und blickte ihn mit einem Ausdruck in ihren Augen an, den er vergebens zu entziffern suchte.

„Ja, ich hätte gedacht," sagte er in seiner Verzweiflung, „daß Sie am liebsten dorthin gegangen wären."

„Ich verstehe Sie nicht," entgegnete Käthe kühl. „Sie scheinen mir sehr unhöflich zu sein."

„Ich bitte Sie um Verzeihung," sagte Bröhan demütig; „es tut mir sehr, sehr leid."

Es entstand wieder eine lange Pause, während der sie die Landstraße verließen und einen Fußweg einschlugen. Der war sehr schmal, und Käthe schritt daher voran.

„Ich würde was darum geben, wenn ich Ihren Vater fände," bemerkte Bröhan ernsthaft.

„Oh, ich wollte, Sie fänden ihn, ich wollt es," sagte Käthe und blickte ihn über die Schulter an.

„Herr Schröder versucht auch wohl sein Bestes?" fragte Bröhan.

„Ich will meinen Vater wieder haben!" sagte Käthe mit plötzlich ausbrechender Leidenschaft — „ich verlange sehnsüchtig nach ihm, aber ich wollte lieber, es fände ihn jemand anders als Herr Schröder!"

„Aber Sie wollen doch heiraten, wenn er gefunden is," sagte der verwirrte Bröhan.

„Wenn Herr Schröder ihn findet," entgegnete Käthe mit leiser Stimme.

„Wollen Sie damit sagen," in seiner Aufregung faßte er sie beim Arme, den sie ihm nicht entzog — „wollen Sie damit sagen, daß Sie diesen Schröder nur heiraten wollen, wenn er Ihren Vater findet?"

„Ja," sagte Käthe, „so ist es abgemacht. Mutter grämte sich so, und ich dachte, es wäre alles einerlei, wenn wir nur meinen Vater finden könnten. Und so gab ich denn das Versprechen."

„Und wenn nun jemand anders ihn findet?" stammelte Bröhan, während er sich mit unbarmherziger Nichtachtung der sprossenden Saaten an ihrer Seite hielt.

„In dem Falle," sagte Käthe, ihn vergnügt anblickend, „werde ich nicht heiraten. Meinten Sie das?"

„Nee, nich ganz," entgegnete Bröhan. „Ich wollte sagen . . ."

„Da!" sagte Käthe, plötzlich stehenbleibend und mit dem Finger zeigend, „ist das hier nicht ein schöner Blick auf den Fluß?"

„Herrlich!"

„Das ist mein Lieblingsspaziergang."

Bröhan notierte sich das im Geiste. „Besonders wenn Herr Schröder in Ihrem Hause is," sagte er töricherweise.

„Herr Schröder ist sehr nett gewesen," sagte Käthe ernst. „Er ist sehr gut zu meiner Mutter gewesen, und er hat sich sehr viel Mühe gegeben, meinen Vater zu finden."

„Na, ich hoff bloß, daß er 'n nich findet."

Käthe wandte sich ihm zu und blickte ihn scharf an. „Das ist ja sehr freundlich von Ihnen," sprach sie streng.

„Ich will ihn selbst finden," sagte Bröhan, den Blick auf den Fluß gerichtet; „und Sie wissen auch warum."

„Ich muß jetzt umkehren," sagte Käthe, ohne dieser Behauptung zu widersprechen.

Bröhan fühlte seinen Mut sinken und versuchte anzudeuten, was er nicht zu sagen wagte.

„Ich würde mich freuen, wenn Sie mich gerade so behandeln würden, wie Herrn Schröder," sagte er nervös.

„Das würde ich mit Vergnügen tun," erwiderte Käthe prompt.

Trotz ihrer Bemühungen zitterten ihre Lippen und ihre Augen tanzten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171011-17/fragment/page=0005

Tarifabschluß im Bäckergewerbe. Der Bäcker- und Konditorenverband hat am 9. Oktober mit der Schefelerofenfabrik einen Tarif abgeschlossen, der in seinen Hauptteilen folgendes enthält: Die Arbeitszeit ist bei zweimal einer halben Stunde Pause 11 Stunden. Der Lohn beträgt 39 bis 46 Mark. Für Ueberstunden werden 80 Pfg. bis 1 Mark bezahlt. Invaliden- und Krankenkassenbeiträge werden nicht in Abzug gebracht. Bei Krankheit und militärischen Uebungen wird unter Anrechnung der den Beschäftigten aus gesetzlichen Versicherungen zufließenden Bezüge nach einer Beschäftigungsdauer von 1 Monat bis zu 1 Jahr 3 Tage lang, bei einer längeren Beschäftigungsdauer abgestuft bis zu 4 Wochen bezahlt. Lohnabzüge auf die Dauer von 3 Stunden werden auch bei der Erfüllung staatlicher und kommunaler Pflichten, die sich nur innerhalb der Arbeitszeit erledigen lassen, nicht gemacht. Ferien werden bei einer Beschäftigungsdauer von 5 Jahren bis zu einer Woche, bei einer längeren bis zu zwei Wochen unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. Weiterhin sind Vereinbarungen über sanitäre und technische Einrichtungen getroffen worden. Der Tarif gilt vorläufig auf 1 Jahr. Falls die Teurung weiter anhalten sollte, sind Zulagen in Aussicht gestellt. Der Abschluß des Tarifs beweist, daß es möglich ist, im Bäckergewerbe auch während des Krieges noch Tarife abzuschließen, und daß der Tarifgedanke in den Kreisen der betreffenden Unternehmer immer mehr Anhänger findet. Deshalb sollte es auch möglich sein, so wie es in vielen andern Städten schon der Fall ist, mit der hiesigen Bäckerinnung in ein Tarifverhältnis zu kommen. Leider sind aber bisher alle Versuche hierzu an dem Widerstand der Bäckermeister gescheitert. Die einzige Vereinbarung, die vor mehreren 2 Jahren getroffen werden konnte, besagt, daß der Mindestlohn bei Kost und Logis 10 Mark betragen muß. Dazu sind aber hauptsächlich die Gesellen bei den Meistern schuld, weil sie sich um ihre beruflichen Verhältnisse nicht kümmern, und lieber ihren erlernten Beruf aufgeben und sich eine andre besser entlohnte Beschäftigung suchen, als mit Hand anlegen zur Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses ihres Berufs. Hoffentlich wird es auch darin einmal anders. —

* **Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe** dürfen nach einer eben erschienenen Verordnung des Reichskanzlers von ihren selbstgebauten Früchten zur Ernährung der Selbstversorger auf den Kopf verwenden an Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten (Erbsen einschließlich Peluschken, Bohnen einschließlich Ackerbohnen, Linsen und Saatwicken) für die Zeit von 1. Oktober bis zum 15. November 1917 insgesamt 6 Kilogramm, jedoch mit der Maßgabe, daß höchstens 1½ Kilogramm Hülsenfrüchte verwendet werden dürfen, wobei Gemenge, indem sich Hülsenfrüchte befinden, als Hülsenfrüchte gelten; an Buchweizen für das ganze Wirtschaftsjahr insgesamt 25 Kilogramm, an Hirse insgesamt 10 Kilogramm. Zur Besäerung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke dürfen sie an Saatwicken bis zu 100 Kilogramm auf das Hektar verbrauchen.

* **Kirche und Kriegsanleihe.** Von den Kirchengemeinden, kirchlichen Stiftungen und Fonds der Provinz Sachsen sind auf die sechste Kriegsanleihe 6 042 300 Mark gezeichnet worden. Die Provinz Sachsen steht damit in der preußischen Landeskirche an zweiter Stelle. Zu Zeichnungen für die siebente Kriegsanleihe müssen, wie das kgl. Konsistorium in Magdeburg am 6. Oktober angeordnet hat, alle verfügbaren Bestände und Sparkassenguthaben der Kirchen- und Pfarrkassen sowie der kirchlichen Stiftungen und Fonds, einschließlich der Vergütungen für abgelieferte Orgelpfeifen und Glocken verwendet werden, ebenso die Einnahmen, auf die die kirchlichen Kassen in nächster Zeit zu rechnen haben. Auch durch Aufnahme von Darlehen gegen Verpfändung von Wertpapieren bei den Reichsbankdarlehnskassen, Sparkassen usw. und Mittel für die siebente Kriegsanleihe nach Möglichkeit bereitzustellen. Endlich kann der kirchliche Grundbesitz für den genannten Zweck durch hypothekarische Beleihung nutzbar gemacht werden. —

* **Ueber die Arzthonorare für Nahrungsmittelbescheinigungen** hat der Minister des Innern den Aerztekammern einen Erlaß zugehen lassen, worin es heißt: „Die Gewährung der für Kranke zulässigen Zusatz-Nahrungsmittel, insbesondere der Milch, von der Vorlegung eines ärztlichen Zeugnisses abhängig. Es ist erwünscht, daß namentlich Kranken aus den ärmeren Volkskreisen durch die Beschaffung solcher Zeugnisse keine zu hohen Kosten erwachsen. Eine Gebühr von 2 Mark, höchstens 5 Mark, unter möglichster Anwendung des Mindestsatzes bei Unbemittelten wird eine angemessene Entschädigung darstellen." Der Minister ersucht die Aerztekammern, wegen möglichster Beschränkung der Gebührenforderung in solchen Fällen auf ihre Mitglieder einzuwirken. —

* **Die Bezugsscheine für Winterkartoffeln aus dem Kreise Delitzsch** werden Freitag vormittag von ½8 bis ½12 Uhr und nachmittags von 2 bis 5 Uhr beim Ein- und Verkaufsverein des Bauernvereins, Magdeburger Straße 67, ausgegeben. Doch sollen an diesem Tage nur diejenigen Haushaltungen daran, die ihre Bestellscheine rechtzeitig in folgenden Markenausgabestellen abgegeben haben: Kurze Gasse 1, Am Güterbahnhof 3, Große Steinstraße 35, Weidenplan 4, Henriettenstraße 3, Bernburger Straße 24, Reilstraße 132, Reilstraße 35, Burgstraße 72, Kröllwitzer Straße 6, Trotzaer Straße 15, Spitze 20, Magdeburger Straße 23, Großer Berlin 14. —

* **Die Aepfelhöchstpreise.** Auch die Graue Renette ist nunmehr, nach einer Bekanntmachung der Provinzialstelle für Gemüse und Obst, den Aepfeln der Gruppe 1 (Erzeugerhöchstpreis 40 Mark für den Zentner) zuzuzählen. —

* **Wichtige Merkzeichen über das Verhalten bei Brandfällen** setzen in Ergänzung der letzthin von uns veröffentlichten Mitteilungen über die Anmeldung von Feuersgefahr nachstehend bekanntgegeben: Bei Feuer ruhig überlegen, vernünftig handeln. Feuerwehr sofort alarmieren. Brennende Räume dicht abschließen. Türen nach Treppen geschlossen halten. Ist Treppe oder Ausgangsweg verqualmt: zurückbleiben. Gefährdete Personen sollen sich der Feuerwehr bemerkbar machen. Niemals auf Zuruf des Publikums herabspringen, nur Anordnung der Feuerwehr befolgen. In verqualmten Räumen kriechen, nasses Tuch vor Mund und Nase. Brennende Personen am Weglaufen hindern, zu Boden werfen und wälzen; deren Kleider nicht abreißen, sondern mit brennenden Kleidern und Decken fest umhüllen, dann erst begießen und Arzt holen. —

* **Einschränkung des Reiseverkehrs?** Von amtlicher Seite wird ausgeführt: Wir stehen augenblicklich im Zeichen der Kohlenknappheit. Infolge des gewaltigen, während des Krieges ständig gewachsenen Kohlenverbrauchs unsrer Industrie ist die Menge der verfügbaren Kohlen für unsre Heiz- und Feuerungszwecke nicht mehr ausreichend. Es muß daher nach Möglichkeit gespart werden. Eine Erhartung bei unsrer Kriegs- und Rüstungsindustrie ist unmöglich, eine Einschränkung bei andern industriellen Betrieben nur in beschränktem Umfang durchführbar. Dagegen lassen sich durch Herabsetzung des Kohlenverbrauchs der Eisenbahnen nicht unerhebliche Ersparnisse machen, wenn die Züge, die bisher lediglich dem Reiseverkehr gedient haben, in Zukunft eine Einschränkung erfahren. Das Publikum wird während des Winters sicherlich gern sein Reisebedürfnis unterdrücken und alle nicht unbedingt nötigen Reisen auf bessere Zeiten verschieben. Wenn sich jedermann vor Augen hält, daß unsre Eisenbahnen im Kriege vor allem dem Zwecke der Heeresleitung sowie der Beförderung der unentbehrlichen Lebensmittel und Rohmaterialien dienen müssen, dann wird er nur als billig empfinden, daß der private Reiseverkehr bei der überaus großen Kohlenknappheit während des Winters auf ein Mindestmaß beschränkt wird. —

* **Möbel für junge Ehepaare.** Der Handelsminister hat mit Rücksicht auf die herrschende Möbelnot und die sich voraussichtlich noch steigernden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Möbeln bei den gemeindeverbänden die Frage der Anschaffung von einfachen Gebrauchsmöbeln und ihre Abgabe an junge Ehepaare angeregt. In Frankfurt a. M. und Köln haben sich bereits gemeinnützige Unternehmen gebildet, die sich die Regelung der Möbelbeschaffung zur Aufgabe gestellt haben. In Groß-Berlin hat sich zuerst der Nahrungsmittelausschuß der Stadt Lichtenberg in seiner letzten Sitzung mit der Frage beschäftigt und beschlossen, die Angelegenheit einem Unterausschuß zu näherer Prüfung zu überweisen. —

Die hiesige Guttemplerloge hat sich jetzt in bemerkenswerter Weise zu verschiedenen wichtigen Fragen der Gegenwart geäußert. Sie faßte einen Beschluß, in dem es nach der Aufforderung zum Zeichnen der Kriegsanleihe heißt: Die Not der Zeit erheischt, daß alle Nahrungsmittel unserm Volke unverkürzt zufließen. So sehr wir Guttempler das Klagen und Jammern über mangelnde Nahrungsmittel als unserer Zeit unwürdig beurteilen, so entschieden verlangen wir, daß unsre Regierung alles, was zur Ernährung unsers Volkes dient, vor dem Verderben und der Verwendung zu ungehörigen und schädlichen Genußmitteln schütze. Wir erwarten daher, daß auch nicht die geringste Menge von Getreide, Kartoffeln, Obst oder Zucker der Bier-, Wein- und Trinkbranntweinerzeugung zugeführt wird. — Wieder stehen wir in diesem Winter vor einer Kohlennot. Wir legen nahe, bei der Zusammenlegung von Betrieben auch die Gastwirtschaften ins Auge zu fassen. Im Deutschen Reiche kommt auf 180 Einwohner eine Schankstelle, es können also gut die Hälfte und mehr der gegenwärtigen Schankstellen geschlossen und so große Kohlenmengen gespart werden. — Es wird beschlossen, sich an allen Arbeiten zu beteiligen, die die Erhaltung und Gesundung unsers Volkes ins Auge fassen. Wo immer sich Gewalten dem Aufstieg unsers Volkes entgegenstellen, da soll man die deutschen Guttempler in den Reihen derer finden, die diese Gewalten bekämpfen. Insonderheit werden wir neben der Bekämpfung des Alkoholismus teilnehmen an der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, und an den Bestrebungen auf Schaffung gesunder Wohnungsverhältnisse und von Kriegerheimstätten. —

Unsre Leser

seien darauf besonders aufmerksam gemacht, daß wir **viel ausführlichere Reichstagsberichte als die meisten andern Provinzblätter,** teilweise sogar als manche großstädtischen Blätter, bringen.

Sie werden das bei dem **großen Interesse und der ungeheuern Bedeutung,** die gerade die **gegenwärtigen Reichstagsverhandlungen** haben, sehr zu schätzen wissen.

* **Vom Stadtbad.** Im September badeten insgesamt 26 186 Personen gegen 20 903 im selben Monat des Vorjahrs, und zwar männliche 15 874, weibliche 10 312. Zu Schwimmbädern nahmen 15 215, Wannenbäder 7480, Brausebäder 3326 und Fichtisch-Fische Bäder 163. Der stärkste Besuch war Sonnabend den 8. September mit 2284 Personen. —

— **Kohlennot und Stadtverordneten-Sitzungen.** Die Kohlennot hat in Königsberg dazu geführt, daß der Vorstand des Stadtverordnetenkollegiums und die Ausschußvorsitzenden eine Aenderung der Geschäftsordnung des Kollegiums vorschlagen. Danach sollen die Sitzungen nicht länger als zwei Stunden dauern und am Mittwoch von 2 bis 4 Uhr abgehalten werden. Die Rededauer soll mit Ausnahme der Berichterstatter auf nur 3 Minuten beschränkt werden. Die Sitzungen der Ausschüsse sollen in der Regel am Sonntag von 11½ Uhr vormittags an stattfinden. —

* **Einbruchsdiebstähle.** Während der Nacht zum Mittwoch wurde in die Kellerräume eines Grundstücks der Reilstraße eingebrochen, wobei Eßwaren und andre Gegenstände gestohlen wurden. Der Täter, der vermutlich gestört worden ist, stieß jedoch sämtliche Sachen im Vorgarten des Grundstücks zurück, so daß sie den Eigentümern wieder übergeben werden konnten. — In derselben Nacht wurde auch in einem Grundstück der Giebichenstein er Straße eingebrochen. Was gestohlen worden ist, läßt sich noch nicht feststellen. —

* **Von der Strafkammer.** Die Arbeiterin Else Zieger verschaffte sich zweimal hintereinander mit einem Nachschlüssel Eingang zu einer Bodenkammer und entwendete je ½ Zentner Zucker. Das Gericht erkannte gemäß dem Antrag des Staatsanwalts auf 4 Monate Gefängnis. — Wegen Diebstahls von 25 Mark hatten sich die Schüler **Karl Pfeiffer und Max Jänker zu verantworten.** Jänker stieg auf die Schultern Pfeiffers und kletterte in eine Wohnung der südlichen Stadt, die in der ersten Etage lag. Mit einem Seile zog er dann Pf. in die Wohnung nach, worauf beide mit einem Beil einen verschlossenen Schrank erbrachen und die 25 Mark entwendeten. Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte auch demgemäß. — Die Aufwartefrau Margarete Barthel hatte sich wegen mehrerer Diebstähle zu verantworten. Der Frau, bei der sie angestellt war, fehlten zweimal innerhalb kurzer Zeit aus einem verschlossenen Schreibtisch einige Geldscheine. Wie sich später herausstellte, schlossen verschiedene Schlüssel von Kleiderschränken den betreffenden Schreibtisch. In diesem Schreibtisch waren nun auch Bonbons aufbewahrt, von denen einmal mehrere fehlten. Hiervon wurde eins auf einer Stehleiter, die nur von der Angeklagten benutzt wurde, gefunden, was sofort Verdacht erregte. Die Angeklagte behauptete, nicht der Täter zu sein. Das Gericht hielt sie jedoch für überführt und verurteilte sie gemäß dem Antrag des Staatsanwalts zu 4 Monaten Gefängnis. —

* **5000 Mark Geldstrafe wegen übermäßigen Gewinns.** Der Ingenieur Gustav Polak hatte im Jahre 1916 ein Wasch- und Bleichmittel namens „Praktikol" hergestellt und in den Handel gebracht, das zum Kleinhandelspreis von 15 Pfg. pro 30 Gramm verkauft wurde. Darauf war er vom Schöffengericht wegen übermäßigen Gewinns zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten sowohl der Staatsanwalt als auch der Angeklagte Berufung eingelegt, so daß die Sache nun vor der Strafkammer zur Verhandlung kam. Durch chemische sowie kaufmännische Sachverständige war „Praktikol" auf seine Güte und seinen Preis geprüft und hierbei der Nachweis erbracht worden, daß ein Paket „Praktikol" 6,36 Pfg. Herstellungskosten verursache, während der Angeklagte es zum Preise von 7,8 Pfg. verkauft hat. Bei Zubilligung von 15 bis 20 Prozent Gewinn blieb somit pro Paket ein übermäßiger Gewinn von ½ Pfg. Das ergab bei der umgesetzten Anzahl von 450 000 Paketen einen übermäßigen Gewinn von 2250 Mark. Der Staatsanwalt beantragte, das Urteil des Schöffengerichts zu verwerfen und den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 5000 Mark zu verurteilen. Das Gericht verwarf die Berufung des Angeklagten sowie das Urteil der Vorinstanz und hielt eine Sühne von 5000 Mark für angemessen. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Ebener Käse. Freitag vormittag von 8 bis 12 Uhr Nummern 45501—50500, nachmittags 2 bis 6 Uhr Nummern 50501 bis 56000 der Lebensmittelscheine. Jede Person erhält ⅛ Pfund in der Talamtschule. —

Aus der Provinz.

Weiterbestehen der Salzsalinen.

Von einzelnen Kriegsamtsstellen waren Erhebungen darüber veranstaltet worden, ob es sich im Interesse der dringend gebotenen Kohlenersparnis empfehlen würde, den Betrieb der Salinen einzuschränken und den Salzbedarf in entsprechend verminderten Maße aus den Steinsalzwerken zu decken. Da diese Frage für die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands von allgemeiner Bedeutung ist, wurde sie am 8. d. M. zum Gegenstand einer Beratung im Reichsamt des Innern gemacht. Zwischen den maßgebenden Stellen ergab sich aus verschiedenen Gründen Einverständnis darüber, daß davon abgesehen werden soll, die Salinenbetriebe zugunsten der Steinsalzwerke einzuschränken. —

Merseburg. Abgelehnt. Einen überraschenden Ausgang nahm in der Stadtverordneten-Sitzung am Montag die Beratung der Magistratsvorlagen über Beschaffung eines Knochenkochers zur Fettgewinnung für die städtische Wurstfabrikation und die Errichtung eines vierten Ofens im Gaswerk, wovon wir bereits in voriger Woche berichtet haben. Im ersteren Falle wurden 4250 Mark für Anschaffung eines Knochenkochers für die Schlachthalle gefordert. Der Berichterstatter beantragte Ablehnung, da der Apparat viel zu teuer sei und die Stadt keinerlei Vorteil hiervon habe. Das aus den Knochen etwa gewonnene Fett gehöre auch nicht in die Wurst. Trotzdem Erster Bürgermeister Herzog die Vorlage warm befürwortete, und sie mit der Pflicht der Stadt begründete, alles mögliche zur Fettgewinnung zu unternehmen, wurde die Vorlage abgelehnt. Weiter wurde die Bewilligung von 100 000 Mark als Anleihe zur Errichtung eines vierten Ofens im Gaswerk gefordert. Nachdem Vorsteher Landesrat Bothe auf die bedeutende Ausgabe bei der jetzigen großen finanziellen Belastung und die Möglichkeit der Ausbesserung des alten Ofens hingewiesen hatte, wurde der Magistratsantrag abgelehnt und eine fünfgliedrige Kommission mit der weiteren Prüfung der Angelegenheit betraut. Die weiteren Vorlagen waren von geringer Bedeutung. —

-- Zur Kartoffelversorgung wird von anscheinend amtlicher Stelle ausgeführt: Die Selbsteindeckung mit Kartoffeln ist noch nicht in dem Umfange erfolgt, wie es wünschenswert wäre. Ein großer Teil von Haushaltungen in der Stadt Merseburg verlässt sich auf die städtische Kartoffelversorgung, wodurch diese einen Umfang annimmt, der beim besten Willen nicht bewältigt werden kann. Immer wieder muß daher darauf hingewiesen werden, daß es Pflicht jedes Haushalts sein muß, sich nach Möglichkeit selbst einzudecken. Die Ausgabe der Kartoffelbezugsscheine findet fortwährend im alten Rathause statt. Da die Selbsteindeckung bis Mitte November erfolgt sein muß, dürfte es ratsam sein, noch in diesem Monat sich mit Kartoffeln zu versorgen. —

Merseburg. Lebensmittelverteilung. Am Sonnabend werden zugeteilt: Auf jede Fettmarke 30 Gramm Butter und 20 Gramm Butterschmalz zum Preise von zusammen 35 Pfennig, auf jede Zusatzfettmarke 40 Gramm Butter zum Preise von 25 Pfennig. — An demselben Tage werden auch gegen Abschnitt 27 des Lebensmittelheftes Heringe abgegeben, und zwar der Inhaber der Lebensmittelhefte Nr. 4600—7300 je einen Hering, die Inhaber der Lebensmittelhefte Nr. 7301—10000 für je angefangene zwei Haushaltsangehörige einen Hering (also fünf und sechs Personen = drei Heringe, sieben und acht Personen = vier Heringe usw.). Der Preis beträgt 55 Pfennig das Stück. —

Zeitz. Käseverteilung. Auf Lebensmittelmarke 58 erhalten die Bezirke 3 bis 6 am Freitag 100 Gramm Limburger Käse zum Preise von 22 Pfg. in den durch Aushang kenntlichen Geschäften.

— Gegen Felddiebstähle wendet sich der Magistrat in folgender Bekanntmachung: Es wird über das Ueberhandnehmen von Felddiebstählen in der Stadtflur wie in den benachbarten Landkreisen sehr geklagt. Wir können die städtische Bevölkerung nicht dringend genug warnen, da unnachsichtliche und harte Bestrafung für solche Uebertretungen eintreten wird. Im übrigen ist die Versorgung in der Stadt dermaßen geregelt, daß zu solchen Widhandlungen keine Zuflucht genommen zu werden braucht. Wohl aber wird durch solche rechtswidrige Aneignung der Landbevölkerung vor allem ungemein erschwert, ihrer Pflicht gehöriger Kartoffellieferung nachzukommen, natürlich zum Schaden der Allgemeinheit. —

Zeitz. Einführung von Hasenkarten. Der Magistrat hat jetzt eine ausgedehnte Verordnung über die Abgabe von Wild erlassen. Zur Bedeutungsvollste Teil darin ist, daß die Abgabe von Hasen durch den Wildhändler an Verbraucher sowie der Bezug von Hasen in Gastwirtschaften und dergleichen nur noch gegen Auslieferung der jeweils vom Magistrat als Hasenkarte bezeichneten Nummerabschnitte der Lebensmittelkarte geschehen darf. Von diesen Karten sind abzugeben: für einen ganzen Hasen fünf Abschnitte, für einen Rücken zwei Abschnitte, für eine Keule oder zwei Läufchen oder das Hasenklein je ein Abschnitt. Die Hasenkarte ist aber lediglich Sperrkarte, gibt also keinen Anspruch auf Belieferung. Wer nun einen Hasen oder Teile davon erwerben will, hat die erforderliche Zahl Nummerabschnitte der Hasenkarte bei einem Wildhändler vorzulegen. Dieser trägt unter laufender Nummer die Bestellung in das Fleischbuch ein, trennt die Quittungsabschnitte ab, verfeigt die Nummerabschnitte mit seiner Firma und mit der laufenden Nummer der Eintragung in das Fleischbuch und gibt sie dem Besteller zurück. Hat der Wildhändler Hasen erhalten, so macht er durch Aushang oder besondere Nachricht den Bestellern nach der laufenden Nummer bekannt, daß sie für die Hasenlieferung an der Reihe sind. Die Lieferung erfolgt dann gegen Abgabe der Hasenkarten. Die Kleinhandelshöchstpreise betragen bei geringerer Ware für das Pfund 1 Mark (für den Balg werden 25 Pfg. vergütet); bei zerlegten Hasen für den langgeschnittenen Rücken 3 Mark, für jede Keule 1,35 Mark, für jedes Läufchen 0,65 Mark, für Hasenklein (Kopf, Herz, Leber, Lunge, Brust) 0,60 Mark. Zu übrigen gelten noch folgende Bestimmungen: Wer zum Handel mit Wild zugelassen werden will, hat den Antrag sofort im Rathaussimmer 44 einzureichen unter Vorlage eines Nachweises, daß er den Wildhandel bereits vor dem 1. August 1914 betrieben und seitdem fortlaufend steuerzahlend ausgeübt hat. Als Abnahmestelle für dasjenige Wild, das von außerhalb zur Versorgung der Stadt hereingeliefert wird, ist die Wildhandlung von Bruno Schirmer, Neumarkt, bestellt. Wer Treibjagden abhält oder erhalten läßt, hat dies spätestens am vorhergehenden Tage unter Schätzung des voraussichtlichen Ergebnisses der Strecke im Rathaussimmer 44 anzuzeigen. —

Gewinnauszug der 10. Preußisch-Süddeutschen (236. Königlich Preußischen) Klassenlotterie

4. Klasse 2. Ziehungstag 10. Oktober 1917

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 55

(Ohne Gewähr. A. St.-A. f. B.) (Nachdruck verboten)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 192 Mk. gezogen: 4 Gewinne zu 5000 Mk. 55642 73080

4 Gewinne zu 3000 Mk. 15828 145280

18 Gewinne zu 1000 Mk. 2901 10650 51991 70033 104847 134498 170808 171803 223162

24 Gewinne zu 500 Mk. 9761 25914 29588 40593 62661 70079 70610 99855 111391 183034 217454 220629

70 Gewinne zu 400 Mk. 9619 16067 22248 22975 23671 29266 38203 42470 51044 54776 71409 72258 76598 78916 85712 98507 120998 121797 123270 141464 142215 153828 154865 155353 156463 160944 164704 171174 180969 185316 190039 202681 204658 206940 209372

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 192 Mk. gezogen: 2 Gewinne zu 3000 Mk. 74587

10 Gewinne zu 1000 Mk. 64817 125409 161616 173437 182159

28 Gewinne zu 500 Mk. 27353 32600 43774 62404 101288 112704 124634 131797 141751 163172 182136 187989 203680 217440

64 Gewinne zu 400 Mk. 2122 15445 19191 32644 37940 40008 51647 54247 56877 65944 69106 70396 73838 74423 76838 90202 115888 116187 121191 140182 144559 144831 146532 150311 158286 176906 177120 191402 201568 211207 219758 221476

Die Ziehung der 5. Klasse der 10. Preußen-Lotterie beginnt am 9. November 1917

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171011-17/fragment/page=0006